

den Soz.), die erfreulicherweise vermieden worden sind. Aber immerhin sind diese Unternehmungen aus der damaligen wilden Zeit heraus bis zu einem gewissen Grade erklärlich. (Bravo! recht.) Jedoch hat Abg. v. Richthofen absolut recht, wenn er sagt, diese Unternehmungen hätten in dem Augenblick gedroht werden müssen, wo das Ruhrabenteuer von der Regierung Stresemann liquidiert worden ist. Wenn das geschehen wäre, dann hätten alle diese Unternehmungen nicht aufgezogen werden können, die später noch von dem Kapitän Lohmann aufgezo-gen worden sind. Man muß aber ferner, wenn von Tarnungen von Unternehmungen die Rede ist, an Unternehmungen denken, die nach der Liquidation des Ruhrabenteuers inauguriert wurden. Hier kommt es doch darauf an, daß es sich dabei um solche Unternehmungen handelt, von denen aus gewisse Fäden zu dem sogenannten Lohmann-Komplex führen. Nun hat uns Abg. Schneller auch im Unterausschuß eine Menge Fingerzeige gegeben. Er hat hier auch wieder von der Runtia-Nachrichtenunternehmung ge-sprochen. Ich weiß nicht, ob irgendeine Stelle des Reichswehr-ministeriums zu dieser Nachrichtenagentur Beziehungen hat, aber ich stelle doch fest, daß im Unterausschuß nicht der geringste Beweis dafür erbracht werden konnte, daß die Lohmann-Unter-nehmung damit zusammenhängt (hört! hört!), und darauf kommt es doch schließlich an.

Abg. Schneller hat hier und im Unterausschuß uns allerhand über die gemeinsame Front erzählt, die von der Reichsregie-rung und der englischen Regierung gebildet würde. Ich glaube, daß diese Bemerkung in diesem Zusammenhang doch so unangebracht wie möglich war. (Lebhafte Zustimmung.) Was den Hinweis auf Spanien angeht, so möchte ich sagen: wer eine Abwendung von den spanischen Rüstungsunternehmungen hat, der weiß, daß bei den engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen England und Spanien die Herren Wickers und Armstrong die Hand auf allem haben, und ich möchte wirklich die sehen, die erstlich deutsch-spanische Rüstungsunternehmungen inaugurierten können.

Ich will auch nicht näher auf die Frage England — Ruß-land eingehen. Ich glaube, daß die englische Regierung und nicht zum wenigsten die zurzeit amtierende über den Ohnmachts-zustand Rußlands sehr froh ist wegen der asiatischen Inter-essen, die England zu verzerren hat und daß sie gar nicht wünscht, daß Rußland irgendwie aufgehoben wird. Aber ich habe vermisst, daß in diesem Zusammenhang Abg. Schneller in seinen Enthüllungen auf einiges hingewiesen hat, was doch auch hierzu gehört. Sie erwähnen in Ihrem Antrag zum Beispiel den Bizeadmiral Beknke. Ich müßte mich, daß der Abg. Schneller bei seinen Enthüllungen nicht mitgeteilt hat, daß der Bizeadmiral Beknke nach seiner Entlassung zusammen mit einem Korvettenkapitän eine Reise durch Rußland gemacht hat. Ich weiß nicht, ob er Viehzucht studieren oder deutsch-englische Beziehungen anknüpfen wollte, während er durch Rußland gereist ist.

Rußland — Deutschland.

Es ist weiter im Ausschuss festgestellt worden, daß zum Beispiel immerhin enge Beziehungen zwischen deutschen und russischen Flugzeugparks bestanden haben. (Hört! hört! bei den Soz.) Ich will hoffen, daß diese Beziehungen der Vergangenheit angehören. Wenn aber der Abg. Schneller einmal über diese Dinge spricht, wenn er sich gegen alle getarnten Unternehmungen wendet, dann hat er, wenn er ernst genommen sein will, die Pflicht, vor allen Dingen sich auch gegen diese Unternehmungen zu wenden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das darf er aber wahrscheinlich nicht tun. (Zustimmung bei den Soz. — Lachen bei den Komm.) Ich hoffe, daß alle diese nach Rußland zielenden Unternehmungen gedroht sind und möchte in diesem Zusammenhang der Reichsregie-rung und insbesondere dem Reichsaußenministerium und dem Reichswehrministerium ersichtlich sagen, sie sollen in Zukunft nicht mehr im geringsten versuchen, solche Beziehungen zu Rußland zu knüpfen; denn sie laufen Gefahr, von den Kommunisten hier deswegen verurteilt zu werden.

Lohmann-Standal und Staatsgerichtshof.

Die Frage, ob einzelne Minister vor den Staatsge-richtshof gestellt zu werden verdienen, muß, glaube ich, im Zu-sammenhang mit der Frage der Regerepflicht geprüft werden. In diesem Augenblick und nach der Vorlage des Berichts kam erstlich diese Auffassung nicht vertreten werden. Die Kommunisten wissen ganz genau, daß nach Artikel 59 der Reichsverfassung für einen solchen Antrag die Unterschrift von 100 Mitgliedern notwendig ist und daß ein solcher Antrag nur mit verfassung-sändernder Mehrheit im Reichstag beschlossen werden kann. Ich nehme also an, daß Sie diesen Teil Ihres Antrages selbst nicht ernst nehmen. Es kommt meiner Überzeugung nach darauf an, ob in dem Unterausschuß alles untersucht worden ist, was uns zu Lohmann-Unternehmungen führt, und ich stelle fest, daß auch kein Kommunist uns irgendeinen Hinweis gegeben hat, der noch der Verfolgung nach dieser Richtung hin bedürftig wäre.

Es ist von meinem Freunde Heilig darauf hingewiesen worden, daß die verantwortlichen Minister, Vorgesetzten und sonstige Be-teiligten in vollem Umfang regerepflichtig zu machen sind. Ich halte das für ganz selbstverständlich, und es entspricht dem, was im Be-richt steht. Damit aber kein Mißverständnis entsteht, möchte es doch eigentlich heißen: „Soweit die Verantwortlichkeit festgestellt ist“. Denn das ist meiner Überzeugung nach in jedem Einzelfall zu prüfen. Dabei wird unter anderem auch eine Rolle spielen, inwieweit der eine oder der andere be-züglichem gehandelt hat, und inwieweit er unter der eigenen Verantwortung gehandelt hat. Ich glaube, daß erst nach einer Einvernehmung des früheren Reichswehrministers Gehler noch gewisse Dinge restlos aufzuklären sind, die über diesen Ausnahmefall hinaus der Aufklärung bedürfen.

Am Schluß des Berichts wird darauf hingewiesen, daß unter Umständen ja später noch Dinge erörtert werden könnten, die uns nicht zu Kenntnis gekommen sind. Dieser Vorbehalt war notwendig. Er war notwendig, obwohl wir alle ganz zweifellos das Bedürfnis haben, von diesem Standal Abschied zu nehmen. Denn ich glaube doch in Uebereinstimmung mit dem größten Teil dieses Hauses sagen zu dürfen, daß, bevor uns diese Dinge bekanntgeworden sind, es niemand für möglich gehalten hat, daß sich jahrelang ein solcher Standal entwickeln und ausbreiten kann, wie er in diesem Lohmann-Komplex hier festgestellt worden ist. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Schluß mit der Geheimfondswirtschaft!

Ich glaube, die Reichsregierung wird die Pflicht haben, nicht nur bei diesem Ministerium, sondern bei allen Ministerien dafür zu sorgen, daß alle die Fonds, die außerordentlich verwal-let werden, soweit überhaupt noch welche vorhanden sein sollten, restlos aufgehoben werden. Wenn irgendwo eine Stadthauptkasse revidiert wird, dann wird der Kassierer verpflichtet, mitzutellen, daß er außer den kontrollierten Geldern über keinen Pfennig anderer Gelder verfügt. Es müßte doch ganz selbstverständlich sein — und der Rechnungshof hat mit dafür zu sorgen —, daß auch in den Ministerien keinerlei Mittel verwal-let werden, die nicht der etatsmäßigen Kontrolle unterliegen. Es muß dem Rechnungshof unbedingt die Möglichkeit gegeben werden, durch Verlangen des Vor-lesers der Akten nachzuprüfen, ob wirklich in jedem einzelnen Fall die zur Verfügung gestellten Gelder zweckmäßig verwendet worden sind.

Für meine Partei kann ich in Anspruch nehmen, daß wir zu jeder Zeit nicht nur gegen getarnte militärische Unternehmungen aufgetreten sind, sondern gegen jede Vertuschung und Verschlei-erung uns gerichtet haben. Wir haben das hier, glaube ich, mit allem Er-folge getan und werden unbekümmert um alle Angriffe auf diesem Wege fortfahren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Für Arbeiter und Bauern!

Der Reichstag bewilligt das Notprogramm für die Landwirtschaft. — Die Sozialdemokratie stimmt zu.

Das rüde Geschrei des Landbundes über die angebliche Bauernfeindlichkeit der Sozialdemokratie hat die sozialdemokratische Partei nicht daran gehindert, zu den Vor-schlägen der Reichsregierung sachlich Stellung zu nehmen und ihnen — nach wesentlichen Verbesserungen in unserem Sinn — zuzustimmen. Nicht um des Landbundes, sondern um der Bauern und der Arbeiter willen.

In der Freitagssitzung des Reichstags ist der Hauptteil dieses landwirtschaftlichen Notprogramms verabschiedet worden. Bewilligt wurden 8 Millionen Mark, um für den Absatz von Vieh und Fleisch den direkten Verkehr zwischen den Genossenschaften, der Erzeuger und der Ver-braucher, zu fördern. Für weitere 22 Millionen Mark, die dem gleichen Zweck dienen sollen, übernimmt das Reich die Bürgschaft. Damit dürfte den Pflanzen, die in Berlin, Hof-stein, Hamburg, Hannover, Oldenburg, Hessen und anderwärts vorbereitet sind, den unmittelbaren Weg zwischen den Konsumgenossenschaften und den Bauern-genossenschaften für die Vieh- und Schweine-lieferungen zu ebnen, ein gutes Stück vorwärts geholfen sein. Der Sinn dieser Maßnahmen ist der Verbrauch, den Zwischenhandel auszuschalten und damit dem Konsumenten das Fleisch zu verbilligen. Die Gefahr einer zen-tralen „Vieh- und Fleischverwertungsgesellschaft“ dürfte gebannt sein, da der Reichsrat in seiner Mehrheit diese Bureau-krisierung der Absatzregelung ablehnt. Eine weitere Sicherung gegen gewisse Landbundesabsichten ist in der Einsetzung eines 28gliedrigen Reichs-tagsausschusses gegeben, der die Richtlinien für die Verwendung der Millionen aufzustellen und ihre Durch-führung zu kontrollieren hat.

Bewilligt worden sind ferner 30 Millionen Mark für

den Ausbau und Neuaufbau von Einrichtungen, die dazu dienen sollen, überschüssige Produkte vom Markt zu nehmen und zu konservieren, um damit wilden Preisschwankungen entgegenzutreten. Gedacht ist dabei an die Errichtung von Kartoffelflockenfabriken, Einäuerungsanlagen, Eierammel-stellen, Kühlhäusern, Kohnweunnen, Versandorganisationen und ähnliche Rationalisierungsbestrebungen.

Die Abstimmung über die Gewährung von 25 Millionen Mark zur Rationalisierung des landwirt-schaftlichen Genossenschaftswesens ist aus-gesetzt worden, um zunächst eine völlige Einigung mit Preußen abzuwarten, dessen Einfluß auf dem Wege über die Preußenklasse gesichert bleiben soll.

Aufgabe des Reichstagsausschusses wird es sein, die Maßnahmen der Regierung in die richtigen Bahnen zu lenken und zu überwachen. Die geistige Anleihe, die das Reichsministerium in den oben bezeichneten Vor-schlägen beim Sozialismus gemacht hat, soll den hart arbeitenden Bauern selbst, nicht aber irgend welchen dunklen Existenzen zugute kommen. Seit Jahren hat die Sozialdemokratie grundsätzlich die Förderung der Ratio-nalisierung bestrebt in der Landwirtschaft verlangt. Stets hat man unsere Vorschläge ab-gewiesen. In der Stunde der Not kommt man auf unsere Gedanken zurück, indem man sie, wenn auch in verwässerter Form, aufgreift.

Der Arbeiter will den Bauern helfen. Ein Aus-druck dieses Willens ist die Zustimmung der Arbeiterpartei, die trotz mancherlei Bedenken aus-gesprochen worden ist, um damit einen ersten Schritt auf dem langen Weg in eine andere Zukunft der Landwirtschaft zu ermöglichen!

Landbundesheke gegen Erwerbslose

Die „perverse Sozialpolitik“ des Landbundesvorsitzenden v. Rohr.

Der Vorsitzende des Pommerschen Landbundes und deutsch-nationale preussische Landtagsabgeordnete von Rohr hegt in Wort und Schrift gegen die Arbeitslosenversicherung. In einem Aufsatz „Perverse Sozialpolitik“ hat er Behauptungen aufgestellt, die nun die Runde bei allen Landbundesratern und in der deutsch-nationalen Presse machen.

Er behauptet, die Steigerung der Arbeitslosigkeit im letzten Winter erlaube Gebiete, in denen Mangel an Arbeit gar nicht vorliege, und nehme Formen an, die einer Flucht aus der Arbeit sehr ähnlich seien. Die Steigerung der Arbeitslosig-keit sei eine unnatürliche. Schuld daran sei das am 1. Oktober v. J. in Kraft getretene Arbeitslosenversicherungsgesetz. An einer Reihe von Bestimmungen wolle er erläutern, wie dieses Gesetz sich geradezu als Schrittmacher der Arbeitslosigkeit bewähri habe!

Seine Behauptungen stehen ebenso im Widerspruch zu den Tatsachen wie seine Auslegung der Bestimmungen.

Erste Behauptung: „Ein Vierteljahr hochbezahlte Arbeit genügt, um ein halbes Jahr Rentnerdasein zu sichern!“ „Ein Vierteljahr Arbeit in einer Ziegelei, auf einem Ackerbau oder als Hausdiener während einer Saison gibt schon Anspruch auf eine Rente, die den Lohn eines vollkräftigen Land-arbeiters mit Familie erheblich übersteigt!“

Tatsache ist: Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat, wer nach § 87 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unfreiwillig arbeitslos ist, die Anwartschaftszeit erfüllt hat. Nach § 95 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist die Anwartschaftszeit erfüllt, wenn der Arbeitslose in den letzten zwölf Monaten während 26 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat.

Wer nur ein Vierteljahr „hochbezahlte“ Arbeit nachweisen kann, hat also keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. In solchen Fällen kann unter Umständen nur Arznenunterstützung ge-währt werden (§ 101 Abs. 2), wenn außer den Voraussetzungen für die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung auch noch Be-dürftigkeit nachgewiesen wird.

Friedrich Bartels' Befinden sehr ernst.

Im Zustand des Landtagspräsidenten, Genossen Friedrich Bartels, über dessen schwere Erkrankung wir am Sonntag be-richteten, ist leider eine Verschlechterung eingetreten, die zu ernststen Besorgnissen Anlaß gibt. Es handelt sich um eine Lungen-entzündung, die zwar nur einseitig ist, aber einen gefährlichen Cha-rakter angenommen hat. Am späten Abend war der Zustand un-verändert sehr ernst.

Wir wollen aber weiter hoffen, daß es dem Genossen Bartels, der übrigens gerade heute seinen 58. Geburtstag begeht, beschieden werde, diese schwere Krankheit zu überwinden.

Um Wirth.

Einleiten der Zentrumspreise. — Der schlechte Eindruck soll verwischt werden.

Das Echo, das die Abfügung Wirths in der Presse gefunden hat, ist nicht ohne Wirkung auf das Zentrum geblieben.

Die Ortsgruppe Wilmersdorf der Berliner Zentrums-partei hat dem Wahlkreisverband Berlin und Potsdam II vorgeschlagen, Dr. Joseph Wirth als Spitzenkandidaten für das Zentrum zu nominieren.

Die „Freiburger Tagespost“, das offizielle Zentrums-organ, schreibt:

„Wir glauben aber zu wissen, daß der Beschluß des badischen Zentrums andere Möglichkeiten für Herrn Dr. Wirth gar nicht ausschließen wollte und nicht ausschließen will.“

Die „Königliche Volkszeitung“ betont, daß Dr. Wirth

Wie sieht es mit dem Rentnerdasein, das Herr von Rohr behauptet. Wenn ein Arbeitsloser mit nur einem Vierteljahr Be-schäftigung und voller Bedürftigkeit, fünf und mehr unter-haltsberechtigten Angehörige hat, 13 Wochen lang unmittelbar vor seiner Arbeitslosigkeit wöchentlich über 60 M. verdient hat, kann er als höchste Unterstützung wöchentlich 27 M. bekommen!

Das nennt der deutsch-nationale von Rohr „ein Rentnerdasein führen“. Wenn eine Unterstützung von wöchentlich 27 M. den Lohn eines vollkräftigen Landarbeiters mit Familie erheblich über-steigt, dann bestätigt der Vorsitzende des pommerschen Landbundes die erbärmliche Entlohnung der Landarbeiter.

Von Rohr behauptet weiter, daß auch für Sonn- und Feiertage Unterstützung gezahlt würde.

Tatsache: Nach § 109 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wird Unterstützung nur für die sechs Wochentage gewährt.

Weitere Behauptungen des deutsch-nationalen Führers: Nebenarbeiten dürfen heute nicht in Anrechnung gebracht werden.

Tatsache: § 112 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes be-stimmt, daß Verdienst durch Gelegenheitsarbeit, den der Arbeitslose in einer Woche erzielt, bis zu 20 Proz. seiner Unterstützung nicht angerechnet wird. Von dem Mehrerwerb müssen 50 Proz. auf die Unterstützung angerechnet werden.

Der Vorsitzende des pommerschen Landbundes hätte alle Ursache über die Arbeitslosenversicherung zu schweigen. Werden doch die Kosten der Versicherung durch die Arbeitnehmer und Arbeit-geber aufgebracht. Jeder trägt die Hälfte der Beiträge. Nur die Landwirtschaft hat sich von den Kosten gedrückt! Nach den §§ 70 bis 72 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes hat die Landwirtschaft die Möglichkeit, sich von den Beiträgen zu befreien, und sie nutzt diese Möglichkeit voll aus.

Diese Tatsachen und die nachgewiesenen Unwahrheiten hindern den deutsch-nationalen Führer von Rohr nicht, die Arbeitslosen-versicherung als „perverse Sozialpolitik“ zu bezeichnen und deren reaktionäre Umgestaltung zu fordern!

Zul Bräuder, M. d. Z.

feineswegs einfach preisgegeben werden sollte, daß man vielmehr der Hoffnung lebe, seine Kraft dem Zentrum zu erhalten. Es sei drin-gend erwünscht, wenn Dr. Wirth auf dem Wege über die Reichsliste wieder in den Reichstag entsandt würde.

Ein völkisches Waffenlager.

Wird die Staatsanwaltschaft unachtsam vorgehen?

Stettin, 27. März. (Eigenbericht)

Auf dem Gute Eichwerder, Kreis Greifenhagen, Pommern, das dem völkischen Gutbesitzer v. Bodungen gehört, ist ein großes Waffenlager entdeckt worden. Die Waffen — es handelt sich um vier Maschinengewehre, drei Maschinepistolen, eine große Menge Cler- und Stielhandgranaten, sowie eine Menge Munition — sind jetzt der Reichswehr in tadellosem Zustande übergeben worden. Ver-cefalten wurde das Lager durch die Ehefrau des Gutbesitzers u. Bodungen, die mit ihrem Manne in einem Scheidungs-prozeß steht. Eine amtliche Befragung der Meldung liegt bis-her noch nicht vor. Es ist aber bestimmt damit zu rechnen, daß sie bereits heute oder morgen erfolgt.

Von der Staatsanwaltschaft muß dringend erwartet werden, daß sie hier mit unachtsamlicher Strenge vorgeht.

Zum Nachfolger des Coed Kilmarnock, des verstorbenen briti-schen Oberkommissars in der Kohlenzer Rheinlandkommission, ist der bisherige Gesandte in Durazzo William Seebis ernannt worden. Damit ist das Gerücht widerlegt, daß England im Hinblick auf die kommende Rheinlandräumung einen Nachfolger für Kilmarnock über-haupt nicht mehr bestimmen würde.

Das zahlungsunfähige R. d. R.

Rittergutsbesitzer, Hauptmann a. D. Heinrich Dieze (Dnat.)

Aus dem Bogiland wird uns geschrieben:

Manchmal genügt ein Wort, um einen Menschen berühmt zu machen. Bei der neuesten Berühmtheit, die wir zu den Bewohnern unseres Bezirkes zählen dürfen, waren es eigentlich vier. Mit großem Interesse haben wir die Schilderung aus dem Reichstag gelesen, wie der Finanzminister Köhler diejenigen Landwirte, die trotz allem zahlungsfähig seien, aufforderte, auch ihrer Steuerpflicht nachzukommen, und wie daraufhin von rechts dazwischengerufen wurde: „Wir sind alle zahlungsunfähig!“ Der das rief, war unser engerer Landsmann Herr Heinrich Dieze, deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer in Rodersdorf im Bogiland und seitdem ein berühmter Mann. Darum verdient er auch, etwas genauer beachtet zu werden.

Der zahlungsunfähige Herr Dieze kaufte sein Rittergut vor sieben Jahren für 230 000 M. Die Gesamtsache, Felder, Wiesen und Wald beträgt ungefähr 240 Hektar. Seit dem Erwerb des Rittergutes hat Herr Dieze dauernd gebaut, das heißt, sein Besitzum fortgesetzt verbessert und modernisiert. Gegenwärtig wird die seit Jahren stillgelegte Brennerei mit einem Kostenaufwand von 15 000—25 000 M. wieder hergerichtet, weil sonst das Brennereirecht erlöschen würde. Herr Dieze kann auch gut zum Bogloot des Einkaufs von Düngemitteln mit auffordern, denn sein Bedarf ist auf mindest ein Jahr eingedeckt. Außer einigen Aufwertungshypotheken dürfte sein Rittergut unbelastet sein. Der Viehbestand ist gegenwärtig 8 Pferde, 40 Stück Rindvieh, davon 24 Milchkuh, und 10 Stück Jungvieh. Das Personal besteht zurzeit aus 5 männlichen und 5 weiblichen ständigen Arbeitern, so daß ihn die Soziallasten nicht allzusehr drücken dürften. Sonst arbeitet er mit Aushilfsarbeitkräften.

Am Einkommensteuern zahlte D. im Jahre 1924/25 100 (einhundert) Mark! Was er jetzt leistet, ist leider nicht zu ermitteln. Möglicherweise, daß der Steuerernehmer ihn für zahlungsunfähig hält. Wein-, Zigarrenhändler und sonstige Lieferanten sind anderer Ansicht und haben damit recht. Denn als sein geflügeltes Wort: „Wir sind alle zahlungsunfähig“ seinen Heimatbezirk erreichte, riefen alle, die ihn kennen, wie aus einem Rufe: „Der Mann ist gut!“

Die bayerische Krise.

Bauernbund gegen Regierungskoalition. — Beamtenvorlage angenommen.

München, 27. März. (Eigenbericht.)

In achtstündigen Verhandlungen entschied am Dienstag das Plenum des Bayerischen Landtages über die Regierungsvorlage zur Erhöhung der Beamtenbesoldung. Unter Ausschreibung der bisherigen Regierungspartei des Bauernbundes hat sich in der Schlussabstimmung ebenso wie im Ausschusse eine neue Koalition, die sogenannte Beamtenkoalition, zusammengefunden, die alle bürgerlichen Parteien, angefangen von der Bayerischen Volkspartei bis zu den Nationalsozialisten, vereinigt. Diese Mehrheit verhindert in einer namentlichen Abstimmung die Einzelberatung der Vorlage und stimmte dann auch für die Annahme des ganzen Gesetzes. 71 Ja-Stimmen standen 43 Nein-Stimmen gegenüber, die sich aus Sozialdemokraten, Kommunisten, Bauernbund und einigen bauerlichen Abgeordneten der Reichsparteien zusammensetzten.

Aus der Verteidigungsrede des Finanzministers Schmelzle war zweierlei bemerkenswert, zunächst einmal die Angabe, daß von den 52 Millionen Besoldungserhöhung für die bayerischen Beamten rund 7 Millionen den Geistlichen beider christlichen Konfessionen zufallen, und dann erklärte der Minister gegenüber der sozialdemokratischen Opposition wörtlich: „Wenn Bayern seine finanzielle Selbständigkeit und Unabhängigkeit noch hätte, dann würde die bayerische Regierung eine Besoldungsvorlage gemacht haben, die im wesentlichen den Wünschen der sozialdemokratischen Fraktion Rechnung getragen hätte.“

Für die nächsten Tage erwartet man die endgültige Entscheidung darüber, ob die schleichende Regierungskrise nun mit einem offiziellen Ausschluß des Bauernbundes aus der Regierung endet oder ob die Bayerische Volkspartei aus Furcht vor dem Wahltampf einer klaren Entscheidung ausweicht!

Wieder eine Grenze frei.

Der deutschtschechische Bismarckwall ab 1. April aufgehoben.

Amlich wird bekanntgegeben, daß der Sichtvermerkszwang zwischen Deutschland und der tschechoslowakischen Republik am 1. April dieses Jahres aufhört. Von da ab kann jeder Reichsdeutsche, der einen gültigen Paß besitzt, die tschechoslowakische Grenze an jeder beliebigen Stelle ohne weiteres überschreiten und ebenso jeder tschechoslowakische Staatsbürger nach Deutschland kommen, ohne daß vorher der Sichtvermerk des anderen Staates eingeholt werden mußte.

Zu dem Wuhausland Deutschösterreich und unseren Nachbarstaaten Dänemark und der Schweiz kommt nun auch die Tschechoslowakei als einer jener Nachbarstaaten, mit denen nur noch der Paßzwang, aber nicht mehr die Erschwerung und Verteuerung des Sichtvermerks besteht. Es ist in der Tschechoslowakei ein Gesetz eingeführt worden, das bei uns schon lange besteht und das die Beschäftigung von Ausländern einer besonderen Genehmigung unterwirft; damit ist die drüber gehegte Befürchtung einer Ueberflutung des Arbeitsmarktes durch reichsdeutsche Arbeitskräfte bei Bismarckfreiheit weggeräumt worden.

Bei der langen Ausdehnung der Grenze zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei, bei der Kulturgleichheit und den engen Wechselbeziehungen zwischen den Gebieten auf beiden Seiten dieser Grenze ist die Aufhebung gerade dieses Bismarck von großer Bedeutung. Sie ist ein Fortschritt, der allgemein freudig anerkannt werden wird. Er kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch der Paßzwang ohne Bismarck ein Rückfall in vormärzliche Zustände ist, in die uns der Krieg und die Nachkriegszeit trotz aller sonstigen gewaltigen Entwicklung zurückgeworfen haben.

Der Rundfunk wird auch im kommenden Wahltampf zur politischen Information der Wähler Verwendung finden. Der Ueberwachungsausschuß hat vorgeschlagen, daß jeder politischen Partei das Recht eingeräumt wird, eine Rede halten zu lassen, die von Berlin aus auf alle Sender des Reiches übertragen werden soll. Die preussische Regierung hat die vom Ueberwachungsausschuß vorgeschlagene Lösung befürwortet.

In Portugal ist General Carmona zum Präsidenten der Republik gewählt worden.

Nieder die Spezialisten!



„Schreiben wir: Teure Towaritschi! Statt der angeforderten Hartkohle kann der Zentrallieferungsverband leider nur Weichkohle liefern. Sollten eure Maschinen darunter leiden, so verhaftet ein paar von euren Ingenieuren.“

Der Kampf in Mexiko.

Regierung und Volk bleiben fest.

Mexiko-Stadt, im März. (Eigenbericht.)

Mit unverminderter Stärke geht die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche weiter. Verwaltungsmassnahmen und der Durchführung der Verfassung steht die Kirche heftigen Widerstand entgegen. Die Spaltung Mexikos in zwei feindliche Lager ist unmissverständlich. Auf der einen Seite stehen die Klerikalen, für die die Kirche alles, der Staat aber nur ein notwendiges Uebel ist, auf der anderen Seite die von einer energiegelichen Regierung geführten Massen, die sich von Anfang an bewußt gemessen sind, daß es nicht um Glauben und Religion geht, sondern einzig um die Aufrechterhaltung der Staatsautorität gegenüber unverantwortlichen Mächten. Auch wie vor heißen die Bundesstaaten Jalisco, Michoacan, Colima und Nayaritas vom Kriegslärm wieder.

Unter dem Kommando kriegerischer Priester

ziehen mißleitete Bauern („grüne“ Einwanderer) gegen die Regierung ins Feld und sollen unter dem Banner eines Nachhungers, der für alle Zeiten in Mexiko abgewirtschaftet hat. Fast kein Tag vergeht, an dem nicht kostbare Menschenleben unter dem wie Hohn klingenden Kampfruf „Dios Christo Rey“ (Es lebe König Christus) nutzlos enden.

Aber das alles ist, so unglücklich es klingen mag, ohne jeden Einfluß auf die politische Lage. Man kann der Regierung ruhig glauben, wenn sie erklärt, daß sie der Auseinandersetzung mit dem Klerus und den Katholiken keine Bedeutung beimesse. Jeder mexikanische Politiker weiß nur zu genau, daß niemand in Mexiko wagen darf, auf seine politische Fehne das Religionsproblem zu schreiben.

Kommunistische Gemeinheit.

Abteilung Aufklärung.

Wir bitten um Entschuldigung, daß wir die nachfolgenden kommunistischen Schmutzereien wiedergeben müssen. Es ist notwendig, damit alle anständig denkenden Arbeiter diesen Burschen den Rücken kehren. Im Kreise Halle hielten Angelika Balabanoff, Mathilde Wurm und Emil Barth Versammlungen ab. Darauf erschien am 17. März im kommunistischen „Klassenkampf“ in Halle der nachfolgende kommunistische Parteibefehl:

„Zur Niederringung der Bolschewisten im Bezirk Halle-Merseburg, insbesondere im Unterbezirk Weiskensfeld-Zell-Raumburg, hat die SPD ein großes Ungeheuer losgelassen: „Den Balabanoff-Wurm mit Bart“. Soweit uns zoologisch orientierte Freunde, die mit diesem unförmigen, mit Hautunterlaufenen Augen auf die Menschen stierenden Ungeheuer losgelassen, versichern, handelt es sich bei diesem Gebilde nicht um ein Individuum der vorintuitiven Periode, sondern um ein solches der Nachkriegsperiode, das der Klasse der Säugtiere angehört und sehr fortpflanzungsfähig ist. Trotz des blutrünstigen Aussehens soll es sich um ein Geschöpf handeln, das ziemlich harmloser Natur und mit großen individuellen Schwächen behaftet ist. Zum Zwecke der Abwehr wird uns von dem uns beratenden Menschenfreunde empfohlen: Man „küpfe“ die Balabanoff und die Wurm etwas, in der Gegend der Brustwarzen (den sogenannten Hihen), und schon ist die ganze Angriffsfront gebrochen. Dem Bart gehe man etwas mit der Brennschere zu Leibe. Im Kampfe gegen dieses Ungeheuer empfehlen wir unseren Genossen, so zu verfahren.“

Unterschrift: KPD, Abteilung Aufklärung und Abwehr. Diese unsagbaren Gemeinheiten sind also — kommunistische Aufklärung!

Chauvinistenezzeffe in Oberschlesien.

Deutsche (Oberschlesien), 27. März. (Eigenbericht.)

Schwere Ausschreitungen, die die Gefahr außerpolnischer Schädigung und neuer Koheffe gegen die deutsche Minderheit in Polen heraufbeschwören, ließ sich gestern eine Bande von etwa 25 Leuten zuschneiden kommen. Diese überfiel die Versammlung einer polnischen Kleinkinderschule, die in einem deutschnationalen Lokal lagte und an der auch der Polensführer Dr. Mikhalak teilnahm. Die Versammlung selbst war in voller Ruhe verlaufen, als

wenn er sich ganz Mexiko nicht unrettbar als Reaktionär darstellen will. Waren doch sogar so reaktionäre Elemente wie die Führer des mißglückten Oktoberaufstandes Gomez und Serrano vorläufig genug, von der Kirche so weit als möglich abzurücken. Auch heute hält es die im Oktober zerfallene und nur noch in Resten fortbestehende Anti-Revolucionisten-Partei (Partei gegen die Wiederwahl eines früheren Präsidenten) für gut, zu erklären, daß ihre politischen Interessen weit von den Interessen der Kirche entfernt sind; sie betont außerdem, daß sie nicht eher ihre politische Tätigkeit im Lande wieder aufnehmen würde, als bis die Aufrührer niedergeschlagen seien, um nicht in ungerechtfertigten Verdacht zu geraten, reaktionär zu sein. Sicherlich ein interessantes Zeichen für die wirkliche Lage in Mexiko und die Situation der Kirche!

Was die Kirche bisher für sich zu suchen hat, ist niederschmetternd. Sämtliche gegen die Verfassung verstoßenden Schulen sind geschlossen und die Gebäude zum Staatseigentum gemacht worden. Nach dem Willen des Präsidenten sollen

weiliche Schulen

in ihnen Platz finden. Ein Versuch, aus den Gebäuden Kaserne zu machen, schlug Calles rundweg ab. Er bewies so wieder einmal, daß der „Tyrann“ genau weiß, was seinem Lande nützt und daß das Militär nicht das U und O aller mexikanischen Politik ist.

Die über die ganze Welt verbreiteten Meldungen über Verhandlungen zwischen dem Klerus und der Regierung zur Beilegung des Konfliktes sind erfunden. Das gleiche gilt auch für die Greuelmärchen der Klerikalen Presse.

plötzlich kurz vor ihrem Schluß die Horde eindrang und in der wüsten Weise auf die Polen losging. Mehrere wurden dabei verletzt. Weitere Ausschreitungen konnten nur durch ein Herbeirufen des Ueberfallkommandos verhindert werden, nachdem ein Kriminalassistent die Eindringlinge mit vorgehaltener Waffe eine Zeitlang in Schach gehalten hatte. Die Angelegenheit wird von den zuständigen Behörden auf das schärfste untersucht, um einer Wiederholung solcher Exzesse vorzubeugen.

Die Bande von Nationalisten, die in so roher Weise gegen eine Versammlung der polnischen Minderheit vorging, hat dem Deutschstum in Oberschlesien diesseits und jenseits der Grenzen einen denkbar schlechten Dienst erwiesen. Soll die starke Spannung, die auf beiden Seiten besteht, nicht noch weitere unerquickliche Folgen zeitigen, so kann man fordern, daß rücksichtslos gegen die Urheber derartiger Ausschreitungen vorgegangen wird.

Aus der Haft entlassen.

Der Redakteur des sozialdemokratischen „Volk“ in Jena, Genosse Conrad Finkemeier, der zu Anfang d. J. eine viermonatige Gefängnisstrafe wegen Beleidigung angetreten hatte, ist plötzlich und unerwartet aus der Haft entlassen worden.

Die St. Gotthard-Untersuchung.

Pariser Tagung des Dreierkomitees. — Untersuchung an Ort und Stelle unerlässlich?

Paris, 27. März. (Eigenbericht.)

Das vom Völkerbundrat zur Untersuchung der ungarischen Waffenschleibungen gebildete Dreierkomitee wird zu Ende dieser Woche in Paris zusammentreten. Auf Grund der von der ungarischen Regierung gelieferten Aufklärungen und Dokumente soll über die Methode der Untersuchung Beschluß gefaßt werden. Dem „Paris Soir“ zufolge dürfte eine Enquete an Ort und Stelle unerlässlich sein. Das Komitee werde deshalb Sachverständige nach Ungarn entsenden, die mit den nötigen Vollmachten ausgestattet sein soll.

Marg Spitzenkandidat in Düsseldorf. Die in Düsseldorf stattgefundene Wahlkreisvertreterversammlung der Zentrumspartei hat zum Spitzenkandidaten der Zentrumspartei für den Wahlkreis Düsseldorf-III Reichstagsler Dr. Marg proklamiert.

Bereinbarung für die Reichsbahn.

Der Schiedspruch verbessert.

Der Lohnstreit bei der Reichsbahn ist am Dienstag durch eine Vereinbarung beendet worden. Die Nachverhandlungen über den Schiedspruch fanden unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Mewes im Reichsarbeitsministerium statt. Beide Parteien hatten den Schiedspruch abgelehnt.

Im Verlauf der Verhandlungen gingen die Bemühungen des Vertreters des Reichsarbeitsministers dahin, an dem Schiedspruch einige Verbesserungen vorzunehmen, die ihn für die Arbeiterorganisationen wenigstens erträglich machen. Nach längeren Beratungen gelang es schließlich auch, eine Zusatzvereinbarung zu treffen, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Schiedspruch vom 21. März wird mit folgenden Änderungen zum Vertrag erhoben:

a) In den verschiedenen Lohngebieten erhalten die einzelnen Lohngruppen folgende Zulage:

Lohngruppe	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII
Wirtschaftsgebiet 1	6	5	5	5	4	4	4	5 Pf.
Wirtschaftsgebiet 2	5	4	4	4	4	3	3	3
Wirtschaftsgebiet 3	5	4	4	4	3	3	3	3

b) Die Lohnregelung kann erstmalig zum 31. Januar 1929 gekündigt werden.

Die Protestbewegung der Eisenbahnarbeiter gegen den unzulänglichen Schiedspruch war nicht umsonst. Trotz des hartnäckigen Widerstandes der Reichsbahnverwaltung sind einige Verbesserungen herausgeholt worden. Für das Wirtschaftsgebiet 3 erhöht sich gegenüber dem Schiedspruch der Lohn um einen weiteren Pfennig. Ferner erhält im Wirtschaftsgebiet 2 die Lohngruppe V nicht 3, sondern 4 Pfennig Zulage. Schließlich ist die Laufdauer der neuen Regelung von 12 auf 10 Monate verkürzt worden.

Wenn die Vereinbarung auch bei weitem nicht allen berechtigten Forderungen der Eisenbahner entspricht, so ist trotzdem anzunehmen, daß sie diesem Ergebnis zustimmen werden. Der Spatz in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dach. Seit langer Zeit wäre also wieder einmal für den Reichsbahnbetrieb ein Schiedspruch ohne Verbindlichkeitsklärung zustande gekommen.

Schwerindustrielle gegen Eisenbahner.

Unverschämte Einmischung.

Das Wolff-Bureau verbreitet folgende Meldung:

„Düsseldorf, 27. März.

Seit einiger Zeit wird über die bekannten Lohnforderungen der Reichsbahnarbeiter in Berlin verhandelt. Die Wirtschaft betrachtet die hohen Forderungen der Reichsbahnarbeiter mit ernster Sorge und befürchtet durch die Erhöhung der Löhne der Reichsbahnarbeiter nicht nur eine Beeinflussung des industriellen Lohnniveaus, sondern gegebenenfalls auch eine ungünstige Gestaltung der Eisenbahntarife. Jede Tarifierhöhung würde aber das gesamte Wirtschaftsleben neuen Erschütterungen aussetzen. Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen hat, besorgt um die weitere Entwicklung der Verhältnisse bei der Deutschen Reichsbahn, in diesem Sinne Telegramme an das Verkehrs-, das Reichsarbeits- und das Reichswirtschaftsministerium geschickt und damit der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine erneute Bezeichnung des Beschaffungsprogramms der Reichsbahn im wohlverstandenen Interesse des Unternehmens, der Werke und der Arbeiterschaft unbedingt vermieden werde.“

Bezeichnend für diese Einmischung der westfälischen Schwerindustriellen in die Lohnbewegung der Eisenbahner ist die Unverschämtheit, mit der vorgegangen wird. Es ist höchste Zeit, daß mit dem Terror einer Handvoll Leute, die das Verdienst von dem Verdienst herleiten, endlich gebrochen wird. Am 20. Mai wird sich dafür eine gute Gelegenheit bieten.

Kochs Niederlage.

Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts.

Das Reichsarbeitsgericht hat in dem von dem deutschen Reichsverkehrsminister Dr. h. c. Koch auf Betreiben der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Eisenbahnergewerkschaften heraufbeschworbenen Streit wegen der Verkürzung der Amtszeit der Betriebsräte bei der Reichsbahn, entschieden.

Die von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft gegen die Entscheidung des Arbeitsgerichts Berlin vom 17. Januar 1928 eingelegte Rechtsbeschwerde wurde in vollem Umfange verworfen.

Das Reichsarbeitsgericht hat festgestellt, daß die Verkürzung der Amtszeit der Betriebsräte ungesetzlich ist und mit dem klaren Wortlaut des Betriebsrätegesetzes in Widerspruch steht.

Der Reichsverkehrsminister hat demnach die Befugnisse aus § 61 des Betriebsrätegesetzes überschritten. Nach Ansicht des Reichsarbeitsgerichts kann die Verkürzung der Amtszeit auch nicht als vorübergehende Maßnahme in Betracht kommen. Eine Verkürzung der Amtszeit der Betriebsräte sei überhaupt nicht zulässig.

Das Reichsarbeitsgericht hat sich mit dieser Entscheidung durchaus der vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands vertretenen Rechtsauffassung angeschlossen. Für Koch und seine Verbündeten ist diese Entscheidung eine schwere Niederlage. Der Einheitsverband ist sowohl im Wahlkampf wie im Gerichtsaal Sieger geblieben.

Ueber die rechtliche und politische Bedeutung dieser Entscheidung wird noch einiges zu sagen sein, wenn der Beschluß des Reichsarbeitsgerichts im Wortlaut vorliegt.

Die Situation im Berliner Buchdruckgewerbe

Entscheidung der Mitgliederversammlungen.

Die Bezirksversammlungen der Berliner Buchdrucker am Montag waren sämtlich überfüllt. In allen Versammlungen waren die Mitglieder empört über die durch den Reichsarbeitsminister erfolgte Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs, der nur einseitig Unternehmerinteressen berücksichtigt. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Schlichtungswesen seinen ursprünglichen Zweck verfehlt, wenn es — wie im Lohnkonflikt der Buchdrucker — als Diktaturmaßnahme gegen die Arbeiterschaft angewandt wird.

Sowohl der Reichsarbeitsminister als auch die Unternehmer haben hier das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollten. Anstatt den sonst so sehr befürworteten Frieden im Buchdruckgewerbe wieder herzustellen, haben sie die Erregung unter den Buchdruckern bis zur Höchstgrenze gesteigert. Die Erbitterung gegen das rückwärtslose Unternehmertum, das nur die eigenen Profitinteressen in Betracht zieht, fand ihren Niederschlag in Entschlüssen, die mit großer Mehrheit angenommen wurden und die Aufrechterhaltung der Kündigungen sowie weitere Kampfmaßnahmen fordern.

Es ist selbstverständlich, daß die Kommunisten die gegenwärtige Situation zum Teil mit Erfolg für ihre Parteizwecke ausnutzen. Die „Rote Fahne“ bezeichnet die Entscheidung der Bezirksversammlungen als einen allgemeinen Streikbeschuß gegen die Verbindlichkeitsklärung.

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß endgültige Beschlüsse erst in der heute, Mittwoch, in der Bodbrauerel, Friblichstraße, stattfindenden Generalversammlung gefaßt werden können.

Im übrigen würden die Kommunisten gut tun, den Mund etwas weniger voll zu nehmen. Oder sollen wir sie an ihre jämmerliche Haltung im Jahre 1923 erinnern? Damals sahen sie in der Streikleitung, bliesen aber den Streik ab, weil es für sie etwas zu riskant schien, verhaftet zu werden, das war gut für gewöhnliche Reformisten...

Die Vereinbarung im Einzelhandel.

Gehaltserhöhung von 8 Prozent.

Die Tarifverhandlungen im Einzelhandel haben den kaufmännischen Angestellten eine Gehaltserhöhung von 8 Proz. ab 1. April gebracht. Für den Monat März wird eine Nachzahlung von 5 Proz. geleistet. In einer Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten stellte die Referentin Ellert fest, daß diese Aufbesserung der Gehälter im Einzelhandel zwar noch durchaus nicht den Stand erreichen läßt, der eine Lebensführung selbst mit nur bescheidenen Ansprüchen an die Kulturgüter unserer Zeit ermöglicht. Trotzdem muß der neue Abschluß als ein Gewinn verbucht werden, da die Erhöhung prozentual mehr beträgt, als sonst in der letzten Zeit von Arbeitern und Angestellten bei Tarifverhandlungen erreicht wurde.

Die Rednerin gab einen Überblick über die Verhandlungen mit den Unternehmern des Einzelhandels. Die Angestellten hatten um Gehaltserhöhung und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen, den Manteltarif zum 31. März gekündigt. Die Unternehmer legten darauf einen neuen Tarif vor, der wesentliche Verschlechterungen enthielt. Die Angestellten der Gruppen 3 und 4 sollten dadurch gar nicht erspart werden, angeblich, weil diese besser bezahlten Angestellten die tarifliche Sicherung nicht nötig hätten. Die Urlaubszeit war in diesem Tarif sowohl für Jugendliche, Lehrlinge, wie auch für langjährige Angestellte verkürzt, die Gehaltszahlung bei Erkrankung in Frage gestellt. Die Angestelltenvertretung lehnte diese

Zumutungen natürlich ab. Schließlich wurde der alte Manteltarif bis zum 31. Dezember 1928 verlängert.

Die Vortragende wie die Diskussionsredner betonten die Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses der gesamten Angestelltenchaft im 3dV, wenn die Tarifverhandlungen des nächsten Jahres erfolgreich sein sollen. Daß neue Verhandlungen nicht ausbleiben werden, ist sicher. Besonders geht die Schnelligkeit der Unternehmer dahin, die Arbeitsbedingungen noch weiter zu verschlechtern. Der Begriff der „Arbeitsbereitschaft“ — die also nicht als wirkliche Arbeit gewertet wird — wird von den Unternehmern im Einzelhandel herangezogen, um den Achtstundentag illusorisch zu machen. Gutachten, die 30 Jahre zurückliegen, werden herangezogen und dazu noch falsch ausgebeutet, um zu beweisen, daß es sich bei der Tätigkeit der Angestellten im Einzelhandel nicht um fortgesetzte „Arbeit“ handelt.

Die Angestellten werden sich energisch zur Wehr zu setzen wissen, wenn man versucht, ihnen derart ihre Arbeitsbedingungen noch ungünstiger zu gestalten.

Die Lohnbewegung der Maßschuhmacher.

Zu weiteren Verhandlungen bereit, zum Kampf entschlossen

Die Angehörigen der kleinen, aber gut organisierten Berufsgruppe der Maßschuhmacher hatten sich gestern abend in den Residenz-Festsaal versammelt, um sich über Krieg oder Frieden in ihrem Gewerbe schlüssig zu werden.

Die Höhe vom Berliner Ortsvorstand berichtete, daß die Verhandlungen mit dem Verein Berliner Maßschuhmachermeister am 2. März aufgebrochen. Seitdem haben sich die Parteien Gemein bei Fuß gegenübergestellt. Der Schlichtungsausschuß soll von den Arbeitern nicht angerufen werden. Sollte dies von dem bisherigen Vertreter geschehen, so wird dem Rufe natürlich Folge geleistet. Es stand nunmehr die Frage zur Entscheidung: Soll die Versammlung sofort den Streit beschließen, oder soll die endgültige Stellungnahme einer am Montag, den 2. April, vormittags 10 Uhr, anzuberaumenden Versammlung vorbehalten bleiben.

Nach ausgiebiger, äußerst sachlicher Aussprache wurde mit großer Mehrheit das Letztere beschlossen.

In einer geforderten Abstimmung wurde der Verhandlungskommission einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Auch erhielt diese Vollmacht, einen neuen Tarifvertrag abzuschließen, falls bis zum Montag auf dem Verhandlungswege ein annehmbares Resultat erzielt werden kann.

Das Lokal der für Montag, den 2. April, vormittags 10 Uhr, vorgesehenen Versammlung wird am Sonntag im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden.

Die Einkommensregelung der Angestellten in der nordwestlichen Gruppe, die die Betriebe von Hamm bis Düsseldorf umfaßt, ist von den Angestelltenverbänden zu Ende April gekündigt worden.

Der Streik der Leipziger Musikinstrumentenarbeiter ist erfolgreich beendet, nachdem eine Aufbesserung in den Stunden- und Akkordlöhnen erfolgt ist. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden.

Der Schiedspruch im ober-schlesischen Bergbau über das Mehrarbeitszeitabkommen und den Manteltarif ist von beiden Parteien angenommen worden.

Der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband tritt am 1. April ins Leben. Der neue Verband, der aus dem Zusammenschluß der Verbände der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, der Fleischer und Berufsgenossen sowie der Böttcher und Weinfässer hervorgeht, umfaßt einen Mitgliederbestand von über 150000.

Achtung, Spinachfabrik und Armit Schlenker! Am Freitag, 30. März, nach Arbeitschluss, wichtige Fraktionsversammlung der SPD. Genossen bei Reuter, Berthel, Waldbühnen. Der Fraktionsvorsitz.

Mitteilungen, Aktion im Gewerkschaftsbereich. Montag, Donnerstag, 18 Uhr. Versammlung in den Residenz-Festsaal, Landberger Str. 21. Bericht von den Lohnverhandlungen und Abstimmung über den Schiedspruch.
Freie Gewerkschaften Groß-Berlin. Heute, Mittwoch, um 19 Uhr. Tages der Gruppen: Süden, Südwesten, Stadt, Jugendheim, Nordstr. 11 (Fabrikgebäude). Vorträge: Kretsch, Fröhlich und Grottel. — **Realitäts:** Jugendheim, Berthel, 20 (Hof). Vortrag: Was finde ich im Handelsteil einer Zeitung? — **Die Iste** in den Handelsteil? — **Korrespondenz:** Jugendheim, Thierschauer Straße 10. Referent: „Unser Arbeiterführer.“ — **Westen:** Gruppenheim, Westend, Pariser Str. 26. Referent: „Der Dora.“ Eine Einführung für unsere Hauswanderer. — **Zentrum:** Jugendheim, Fehdenstr. 24-26. Vortrag: „Rühre der Arbeiterbewegung.“ Referent: „Rosa.“ — **Genossenschaft:** Gruppenheim, Baumgartenweg, Ernststr. 14. Vortrag: „Genossenschaft und Handwerker.“ — **Im 18 Uhr Jugendvereinsabteilung in der Kulturabteilung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Eisenstraße.**
Jugendgruppe des 3dV. Heute, Mittwoch, 19 Uhr. Finden folgende Veranstaltungen statt: **Osten:** Jugendheim der Schule, Reuter Str. 18. Vortrag: „Rechte und Pflichten des Proletariats.“ Referent: Victor Padom. — **Westen:** Gruppenheim der Schule, Köpcke Str. 81. Referent: „Schmidt, A. Rüben.“ — **Realitäts:** Jugendheim, Fehdenstr. 24-26. Vortrag: „Die Wirtschaftslage in Preußen.“ Referent: Dr. Otto Friedländer. — **Westen:** Realgymnasium, Schleierweg, Alter 14. Vortrag: „Die Revolution von 1848.“ Referent: Dr. Max Schütte. — **Spandau:** Jugendheim, Lindenauer. Vortrag: „Unser Feind.“ Vortrag in Frankfurt a. M. Referent: Eugen Ernst. — **Wobbling-Gebäude:** Jugendheim, Schindlerstr. 1 (Vedigerheim, 5 Tr.). Vortrag: „Alte Berliner Humor.“ Referent: Georg Hellbrunn.

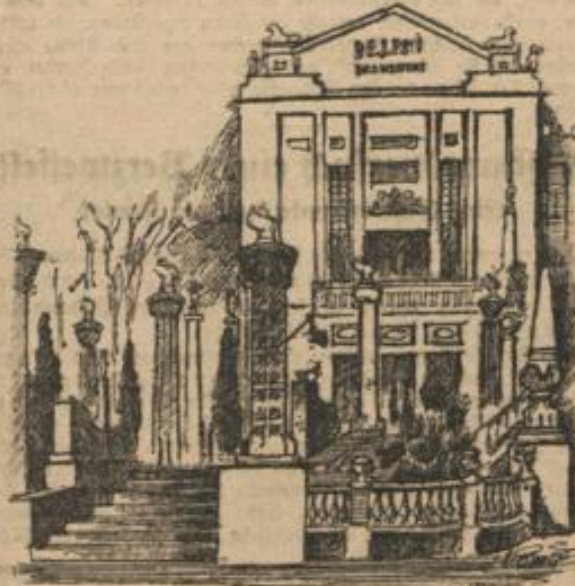
Verantwortlich: Dr. Kurt Geck; Schriftf. G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Strömer; Anzeigen: A. A. Böcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstadt; Anzeigen: Th. Glöck. Ähnlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 64, Lindenstraße 2. Hierzu 3 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.



Stätte des Luxus.

Wohnungen sollten gebaut werden, Tanzpaläste und Luxusrestaurants werden gebaut, damit das Ausland sieht, wie arm wir sind. Nicht am Theater des Westens hat sich eine neue höchst feudale Vergnügungsstätte aufgetan, die sämtlich ohnehin so dünn gesäten Vergnügungsstätten im Westen schlagen soll: das „Delphi des Westens“. Denkt man bei dem Namen Delphi unwillkürlich an einen Orakelbetrieb, so findet man sich hier enttäuscht. Dieses Berliner Delphi ist für auserlesene Genüsse des Magens und tänzerische Vergnügungen bestimmt. Es wimmelt von allegorischen Plastikern und säulengetragenen Fasseln, deren vergoldete Flammen nachts von einem Kranz von Glühbirnen erleuchtet werden. Über steinerne Treppen, die von Zypressen und anderem immergrünen Gesträuch flankiert werden, gelangt man zur Tanzterrasse, die von einem Zeltdach überspannt für die Benutzung im Sommer gedacht ist. Das Innere des „Delphi“ ist verschwenderisch mit Marmor, Spiegeln, Messingverzierungen, Samt, Wandgemälden, antiken Statuen, venezianischen Laternen und Teppichen ausgestattet. Schon die Marmorische der Garderobe erinnern den ahnungslosen Besucher, daß man hier nur mit zahlungsfähigen Freunden der Antike rechnen. Trotzdem ist noch eine Scheidung zwischen Böden und Schafen vorgesehen, indem nur Herren in Frack und Smoking den Hauptsaal betreten dürfen, während Besucher eines schwarzen Anzugs die Treppe in die obere Etage benutzen müssen. Der 31 Meter lange und 15 Meter breite Raum wird von einem dunkelblauen Himmel abgedeckt, den zahllose Glühbirnen mit „Sternen“ befehlen und der querdurch von einer figurativen Milchstraße durchzogen wird. Scheinwerfer beleuchten farbige Wandgemälde, Orpheus in der Unterwelt und Ariadne auf Krete. Aber auch Leba mit dem Schwan fehlt nicht, ebenso Europa auf dem Stier. Hinter einer mächtigen Steingrotte verbirgt sich schamhaft der Notausgang. In einer Nische angelt Frau Potiphar nach Josephs Kleidern, in einer anderen feiert Neopatra noch schnell vor dem Schlangentisch mit einem neuen Liebhaber. Aber der Clou der bildlichen Darstellung ist das bayrische Wappen, das in leuchtender Glasmalerei den Eingangsweihen daran erinnert, daß ursprünglich das Hofbräuhaus hier sein edles Rah stehen lassen wollte. Zweifellos hat Architekt Seb-

ring alles getan, um den Mythos der Griechen im Glanze der Scheinwerfer und elektrischen Glühbirnen auferstehen zu lassen. Das ganze ist ein gotifizierendes Stiffammelsurium und man hat den Eindruck, als ob die Vertreter dieses vor 40 Jahren modernen, jetzt



aber endgültig überwundenen und abgewirrhöfteten Stills noch einmal zu einem fürchterlichen Schlag ausholen wollten. Sie verlassen sich dabei auf die absolute Ahnungslosigkeit des in- und ausländischen Amüsierpublikums, das Pomp, Prunk und Proberlei für „Kunst“ ansieht. Eine einheitliche, architektonische Wirkung ist ihm nur bei der Ausstattung der Toiletten gelungen.

Wieder ein Kassenbote überfallen.

Der Täter mit 750 Mark entkommen.

Neuerdings scheinen es die Straßentäuber wieder besonders auf jugendliche Kassenboten abgesehen zu haben. So wurde gestern nachmittags gegen 4 Uhr ein 15 Jahre alter Landsburger Konrad Mahlow aus der Wajmanusdorfer Straße 3 auf der Treppe des Hauses Frlh-Reuter-Allee 47 zu Brich von einem unbekanntem Räuber überfallen und ausgeplündert.

Der junge Mahlow ist als Laufbursche bei der Zigarettenfabrik von Simonsohn angestellt. Gestern hatte er bei Berliner Rundschau Gelder einliefert und trug, als er gegen 4 Uhr mit seinem Rade zurückkehrte, 750 M. bei sich. Er nahm seine Maschine auf die Schulter und hatte gerade eine halbe Treppe erstiegen, als ein junger Mann von oben herabkam und aus einem Schreckschussrevolver einen Schuß auf den Laufburschen abgab. Mahlow, der nicht wissen konnte, daß die Waffe harmlos war, erschrak so heftig, daß er sein Rad fallen ließ und nicht imstande war, um Hilfe zu rufen. Der Fremde benutzte seine Verwirrung, verfehlte ihm einen Schlag auf den Kopf, riß ihm die Brieftasche aus dem Jackett, ergriff das Rad und eilte damit auf die Straße. Ehe der Überfallene wieder zu sich gekommen war und um Hilfe rief, war der Räuber auf dem Rade schon davon gefahren.

Zu dem Anschlag auf den Banktresor in der Budapester Straße erfahren wir, daß die Leitung der Dresdener Bank auf die Ergreifung der Geldschranktäter eine Belohnung von 5000 M. ausgesetzt hat. Bekanntlich hat die Kriminalpolizei bereits 1000 M. ausgetobt, so daß die Gesamtbelohnung 6000 M. beträgt.

Der Hausbrand wird billiger.

Senkung der Brennstoffpreise für die nächsten Monate.

Der Reichskohlenverband hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die Preise für Hausbrandbrennstoffe im mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlensyndikat, also den Versorgungszentren Groß-Berlins, von 15 M. auf 13 M. je Tonne für die Monate April bis Juni herabzusetzen. Die Preise für Industriebrennstoffe bleiben mit 13,40 M. je Tonne dagegen unverändert.

Die endgültige Preisregelung für das Kohlenwirtschaftsjahr 1928 ist noch zurückgestellt, bis das Reichswirtschaftsministerium weitere Erhebungen über die Selbstkosten im Braunkohlensbergbau angestellt hat.

Ein Regierungsinspektor vom Amt suspendiert.

Reinliche Vorgänge haben sich in den Diensträumen des Reichswasserfahrs in Potsdam zugetragen. Dort wurde der Regierungsinspektor G. vom Reichswasserfahrs beurlaubt, wie er aus Manteltafeln der Offiziere etwas herausnahm. Die Offiziere prüften sofort ihre Taschen und bemerkten das Fehlen von Geldbeträgen. Dem Regierungsinspektor wird ferner vorgeworfen, daß er ein gesundes Boot, das er als Beamter des Reichswasserfahrs als Fundstache zu behandeln hatte, neu anstreichen ließ, um es für seine Privatwende zu benutzen. Der Regierungsinspektor ist vom Dienst suspendiert worden.

Platzkonzerte der Schutzpolizei. In dieser Woche finden folgende Platzkonzerte der Schutzpolizei statt: Am 29. März von 15 bis 16 Uhr im Hedwigstranthenhaus, von 18 bis 19 Uhr auf den Spielplätzen in der Schönhauser Allee; am 30. März von 15 bis 16 Uhr im Krankenhaus Sanität, von 18 bis 19 Uhr am Rathaus Sanität.

Börglebel über seine Pariser Eindrücke.

Die französische Presse hat dem Berliner Polizeipräsidenten Genossen Börglebel eine Reihe von lobenden Ausdrücken über die Pariser Polizei in den Mund gelegt, die besagen, daß Börglebel beabsichtige, dem Pariser Vorbild nachzuwecheln. Der Polizeipräsident Börglebel, der die deutsche Presse in Paris empfangen hatte, legte hierzu Stellung zu nehmen und seine Pariser Eindrücke in großen Zügen zu schildern. Obgleich eine Reihe der Pariser Polizeieinrichtungen auf ihn nicht ohne Eindruck geblieben seien, habe er nicht die Absicht, sie in Berlin nachzuahmen, abgesehen vielleicht von der Pariser Methode, die Waghplakate auf besonderen für sie bestimmten Heftlöcher anzubringen, um damit das Beschnühen der Häuser zu verhindern. Die Regelung des etwa dreimal so starken Pariser Verkehrs im Vergleich zu Berlin wäre vor allem der Wendigkeit der französischen Wagen, dem geschäftigen Gehen und der Rücksicht zu verdanken, die die Chauffeure auch im enghen Strahengewühl aufeinander nähmen. Er selbst habe Gelegenheit gehabt, sich bei zwei harmlosen Zusammenstößen von der Liebenswürdigkeit der Pariser Chauffeure und der Polizisten zu überzeugen. Der ständig anwachsende Verkehr werde sowohl in Paris als auch in Berlin einen starken Ausbau der Untergrundbahnen erfordern. Wenn der Verkehr, wie zu erwarten wäre, in dem gleichen Verhältnis wie in den letzten Jahren anwachsen sollte, wäre es notwendig, etwa in 5 oder 10 Jahren

den Bogenverkehr in den engsten Geschäftszentren auf ein Minimum zu beschränken oder vielleicht sogar zu verbieten und ihn, wie gesagt, durch den Ausbau der Untergrundbahnen zu ersetzen. Der Polizeipräsident äußerte sich sehr befriedigt über die Zusammenarbeit zwischen den Pariser und Berliner Polizeibehörden, die sich heute auf kriminellem Gebiet ebenso eng gefaltet habe wie vor dem Kriege. Der riesige Apparat, den die Pariser Fremdenpolizei für ihre besonderen Zwecke eingerichtet habe, schiene auf die Berliner Verhältnisse nicht übertragbar, da auch in Paris der Erfolg nicht im Verhältnis zur angewandten Mühe stünde. Die ständigen Verbrechen in dem Pariser Fremdenviertel wären nach seiner Meinung durchaus angebracht, da sie die Verbrecher in einer ständigen Unruhe hielten. Polizeipräsident Börglebel verließ gestern Abend Paris, um nach Berlin zurückzukehren.

Für die Hörer, Lehrer und Freunde der „Freien Sozialistischen Hochschule“ und der „Arbeiterbildungsschule“ findet am kommenden Sonntag, dem 1. April, abends 7 Uhr, in den Räumen des Abgeordnetenhauses, Prinz-Albrecht-Straße, ein zwangloser geselliger Abend statt. Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind durch die Obsteure der Kurse der genannten Schulen sowie durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Lindenstraße 3, 1. Hof, links, 3 Treppen, und durch den Bezirksbildungsausschuß, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen, Zimmer 8, zu beziehen.

Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

Man muß sterben. Viele Menschen waren auf die gleiche Weise gestorben, wie es ihm bevorstand, an fremden Orten, verlassen in dunklen Kavernen, auf verödeten Inseln ausgelegt, veritrt im australischen Busch, gefangen und dem Verderben preisgegeben. Es ist gut, ohne große Schmerzen oder Mißhandlungen zu sterben. Er dachte an die Myriaden Menschen, die von den Römern gekreuzigt wurden — waren es acht- oder zehntausend von der Armee des Spartacus, die sie auf diese Weise entlang der Appischen Straße getötet hatten? — An die Neger, die angeketet verhungerten und an die endlose Mannigfaltigkeit solcher Todesarten. Derartige ist für eine jugendliche Einbildungskraft entsetzlich und in Gedanken schrecklicher als in Wirklichkeit. Es handelt sich alles in allem um ein bißchen mehr oder ein bißchen weniger Schmerz — aber Gott will keinen großen Aufwand von Schmerzen. Das Kreuz, das Rad, der elektrische Stuhl oder das Siechenbett — die Hauptsache ist, du stirbst und hast es hinter dich.

Es war erfreulich, festzustellen, daß man an diese Dinge unerschrocken denken konnte. Es war gut, hoffnungslos gefangen zu sein und doch zu konstatieren, daß man darüber nicht wahnsinnig geworden war. Mr. Barnstaple war überrascht, wie wenig er sich jetzt, da er das Ende dicht vor sich sah, darum kümmerte, ob er unsterblich sei oder nicht. Er war bereit, sich für unsterblich zu halten oder wenigstens nicht mit dem Tode endend, im Ganzen oder als ein Teil. Es war lächerlich, dogmatisch zu sein und zu behaupten, daß ein Teil, ein Schatten seines Bewusstseins und sogar seines Lebenswillens nicht in irgendeiner Weise fortleben würde. Aber er konnte es sich unmöglich vorstellen, wie das möglich sei. Es war unvorstellbar. Es war nicht vorauszu sehen. Er hatte keine Angst vor der Fortsetzung, mit keinem Gedanken fürchtete er die Möglichkeit von Strafe oder Mißhandlung. Es war ihm zeitweise vorgekommen, als wäre das Unvermögen sehr sorglos zusammengekehrt, aber er hatte niemals geglaubt, daß es das Wert eines boshafsten Schwachkopfes sei. Es machte ihm den Eindruck, als sei es ungeheuer sorglos, aber nicht, als wäre es überwiegend grausam. Er war, was er war, schwach, beschränkt und manchmal dummt, aber die Strafe für diese Fehler lag schon in den Fehlern selbst.

Er hörte auf, über seinen eigenen Tod nachzudenken. Er

dachte an das Leben im allgemeinen, an dessen gegenwärtigen Tiefstand und kühnes Streben. Er bedauerte, daß er nichts mehr von dieser utopischen Welt sehen konnte, die in so vieler Beziehung eine Andeutung dessen war, was aus unserer Welt einmal werden sollte. Es war sehr ermutigend, zu sehen, wie menschliche Träume und Ideale durch die Verwirklichung gerechtfertigt würden, aber es war betäubend, daß die Vision entfloß, während er erst begann, sie zu erforschen. Er ertappte sich auf Fragen, die keine Antwort fanden, über Wirtschaft, Liebe und Kampf. Immerhin war er froh, das Gesehene zu haben, was er gesehen hatte. Es war gut, durch diese Vision gereinigt und der trübseligen Hoffnungslosigkeit des Mr. Peene enthoben worden zu sein und wieder eine Aussicht auf das wahre Leben gewonnen zu haben.

Die Leidenschaften, Konflikte und Unbequemlichkeiten des Jahres 1921 waren nichts weiter als die Fieberschauer einer infizierten Welt. Das Zeitalter der Verworfenheit würde sich auch auf Erden zu seiner Zeit tollausen; dank einer gewissen verborgenen und unbezwinglichen Rechtfchaffenheit im Blut der menschlichen Art. In einer Höhle unter den Klippen des großen Felsgebirges lauerte, mit unsterblichen Höhen und Tiefen über und unter sich, frierend und hungernd und in einer unbequemen Lage fand der merkwürdig gebildete Geist Mr. Barnstaples an diesen Gedanken ein inniges Behagen.

Aber wie jämmerlich hatten er und seine Gefährten es verfehlt, sich zu den großen Möglichkeiten Utopiens zu erheben! Nicht einer hatte wirklich die Hand erhoben, um die kindischen Phantasien Mr. Catstills und die nur brutale Angriffslust seiner Genossen zu hemmen. Wie unangefochten hatte Vater Amerton die Rolle des eifernden, hassenden, verfolgenden, streitsüchtigen Priesters gespielt. Wie erbärmlich schwach und ehrlos Mr. Burleigh — und er selbst, kaum besser! Stets mißbilligend und stets in wirkungsloser Opposition! Was für eine dumme schöne Kuh war dieses Weib Greta Grey, empfänglich, anpassungsfähig, aber unempfindlich für irgend andere Gedanken als die, welche ihr als einem willfähigen Weibchen pochten. Baby Stella war aus feinerem Stoff, aber für keinen Dienst begeisterungsfähig. Die Frauen, dachte er, waren in dieser zufälligen Expedition nicht gut vertreten. Die eine hohl und die andere ohne Energie. War das ein richtiges Abbild irdischer Weiblichkeit?

Diese Erdlinge konnten mit Utopien nichts weiter anfangen, als es so schnell wie möglich in die Kämpfe, die Unterwerfung, die Grausamkeiten und Unordnung des Zeit-

alters der Verworfenheit, in dem sie sich selbst befanden, zurückzuführen. Sie hatten versucht, Serpentin und Ceder, den Mann der Wissenschaft und den der Heilkunst, zu Geißeln der Unordnung zu machen, und da sie dies nicht vermochten, hatte man sie getötet oder wenigstens versucht, sie zu töten.

Sie hatten versucht, Utopien in den Zustand der Erde zurückzuführen, und tatsächlich, gäbe es nicht die Berrücktheit, Bosheit und Schwäche der Menschen, so wäre die Erde jetzt Utopien. Die alte Erde wäre jetzt Utopien, ein Garten voll Herrlichkeit, das irdische Paradies, wenn sie nicht durch ihre Catstills, Hunters, Barralongs, Aldleys, Duponts und andere dieser Art in Schmutz und Verderben getrampelet würde. Ihrem hastenden, torfelnden Wahnsinn war gegenwärtig in der ganzen großen Welt nichts anderes entgegen gestellt als das Wissen der Peenes, die dudfame Mißbilligung der Burleighs, etwas so unermeßlich Wirkungsloses, wie sein eigener Protest und einige wenige Schriftsteller und Lehrer, die zurzeit noch kaum merkliche Ergebnisse hervorbrachten.

Noch einmal mußte Barnstaple an seinen alten Freund denken, den Schulinspektor und Verfasser von Schulbüchern, der so standhaft gearbeitet hatte, zusammengebrochen und so jammervoll gestorben war. Er hatte sein ganzes Leben hindurch für Utopien gewirkt. Gab es noch Hunderte oder Tausende solcher Utopen auf der Erde? Welcher Zauber hielt sie aufrecht?

„Ich wollte, ich könnte ihnen eine Botschaft senden,“ sagte Mr. Barnstaple, „um sie zu ermutigen.“

Denn so war es, obwohl er selbst verhungern mußte und wie ein Tier in eine Grube gefallen war, so triumphierte Utopien trotzdem und würde triumphieren. Die Gierlinge und Raufbolde, die Feiniger und Patrioten, die Lyncher und Bankrottierer und all das Gefindel der kurzfristigen menschlichen Gewalttätigkeit schritten der endgültigen Niederlage entgegen. Sogar in ihrem eigenen Dasein kennen sie keine Fröhllichkeit, sie treiben von Aufregung zu Aufregung und vom Vergnügen zur Erschöpfung. Ihre Unternehmungen und Erfolge, ihre Kriege und Siege flackern auf und vergehen. Nur das Echte wächst, die Wahrheit, die reine Idee, Jahr für Jahr und Generation um Generation, langsam und unbefleglich, so wie der Diamant inmitten der Dunkelheit und des Druses der Erde wächst oder wie die Morgendämmerung zwischen den erlöschenden Lichtern einer bis ins Morgenrauen ausgebreiteten Orgie erscheint.

(Fortsetzung folgt.)

Postscheck-Nummer 48743 Berlin

Berlins Stadthaushalt.

Stadterordnetenversammlung beginnt die zweite Beratung

Der Stadthaushaltsplan kam gestern aus dem Haushaltsausschuss an die Stadterordnetenversammlung zur zweiten Beratung zurück. Die Debatten über Polizeiverwaltung, Straßen- und Brückenbau, Schutzwesen, Gesundheitswesen brachten wenig Aufregung. Die einzige Sensation war eine Erklärung des Oberbürgermeisters Böß zu den beim Straßenbau vom Ausschuss beschlossenen Streichungen. Er kündigte an, daß infolge der Unmöglichkeit, mit den gekürzten Mitteln die notwendigen Ausbesserungen durchzuführen, die Polizei zur Sperrung von Straßen werden schreiten müssen. Im Anschluß daran versuchte der Deutschnationale Dethleffen, eine Anrempelung der sozialdemokratischen Fraktion. Genosse Krille wies den Angriff zurück.

Bei dem Titel **Straßen- und Brückenbau** gab es eine kleine Debatte, veranlaßt durch den Hinweis des Ausschuhberichterstatters Bunge (Dnall.) auf die außerordentlich hohen Streichungen. Es seien ursprünglich 62 Millionen von den Bezirken angefordert gewesen, die aber durch Magistrat und Haushaltsausschuss auf 5,6 Millionen gekürzt wurden. Die Stadt. Bunge (Dnall.) und Caspari (A. Sp.) drückten ihr Bedauern darüber aus, daß mit diesen geringen Mitteln eine ordnungsgemäße Unterhaltung der Straßen und Brücken nicht möglich sei. Der Demokrat Meeren bemerkte daraufhin unter dem Beifall der Demokraten und Sozialdemokraten, daß an den von allen bedauerten Streichungen im Etat nicht zuletzt die politischen Freunde der Reichsregierung schuld seien, die mit der Verhinderung eines vernünftigen Finanzausgleichs im Landtage die schlechte Finanzlage der Stadt Berlin verschuldet haben. (Protestgeheul rechts.) Die Situation in der Berliner Straßenpflege wurde dann blühartig beleuchtet durch die Mitteilung des Oberbürgermeisters Böß, daß in nächster Zeit mit

der polizeilichen Sperrung einer ganzen Anzahl Straßen zu rechnen ist, da sie nicht mehr in einen für den großstädtischen Verkehr geeigneten Zustand erhalten werden können!

(Veischofes hört, hört!) Mit den geringen übriggebliebenen Mitteln sei dann eine Wiederherstellung der Straßen erst recht nicht möglich! Dem Deutschnationalen Landtagspolitiker offenfichtlich ärgerlich, und der daraufhin der sozialdemokratischen Fraktion glaubte vorwerfen zu müssen, sie mache bei den Etatberatungen „blauen Dunst“, gab Genosse Krille die richtige Antwort. „Der „blaue Dunst“ mache, werden die Sozialdemokraten bei den bevorstehenden Wahlen der Reichsregierung schon zeigen! (Bravo! links.) — Bei der Beratung der Ratensitzungen für das gesamte Schulwesen vertrat Genosse Dr. Kawerau die Forderungen unserer Partei. Gegen 20 Uhr wurden die Abstimmungen über die bisher beratenen Etatmittel vorgenommen. Dabei stellten die Kommunisten neben vielen, vielen Anträgen auch die Forderung nach Bewilligung von 20 Millionen Mark zum Bau von Schulhäusern für den Fortbildungsunterricht. Da sie auch schon im Ausschuss keine Vor schläge für die Deckung machen konnten, mußten auch unsere Genossen den Antrag ablehnen.

Dann wurden die Beratungen bei dem Titel Hauptgesundheitsamt fortgesetzt. Dabei sprach Genossin Dr. Frankenthal zur Sozialhygiene. Stadt. Dethleffen (Dnall.) forderte die Inanspruchnahme auch der privaten Krankenanstalten durch die Stadt. Genossin Dr. Frankenthal erwiderte, daß die privaten Krankenanstalten teurer seien als die städtischen. Die Rednerin sprach sich dann gegen den Besetzungswunsch für das Krankenhauspersonal aus.

Der Totschlag an der Ehefrau.

Friseur Dittmer zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

In der Totschlagsache gegen den Friseur Dittmer fällt das Landgericht I am gestrigen Nachmittag folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen Totschlags zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt; die Untersuchungshaft wird angerechnet, der Antrag auf Haftentlassung wird abgelehnt. Dittmer nahm das Urteil sofort an.

Ueber die Beweisaufnahme, die wieder einmal ein trauriges Bild von einem Eheleben enthüllte, sei folgendes nachgetragen: Ähnlich wie im letzten Moabitser Gattenmordprozeß gehörte die Sympathie sämtlicher Zeugen dem Angeklagten. Die ums Leben Gefommene, sagten sie, sei eine hysterische, zänktische, laute und unehabere Frau gewesen. Sie beschimpfte ihren Mann immerfort; er blieb aber stets ruhig. Denn er fühlte sich an sie gebunden, weil mit ihrem Geld sein Friseurkodex begründet worden war. Sie war sich ihrer Macht ihm gegenüber bewußt und tyrannisierte ihn in jeder Weise. Die gewöhnlichen Auseinandersetzungen nahmen mitunter die heftigsten Formen an. So holte die Frau einmal das Beil von ihrer Wirtin. Ein anderes Mal erschien sie in der Küche mit einem Büschel Haare in der Hand, die sie ihrem Mann ausgerissen hatte. Dann wieder gab sie ihm Kaffee ins Gesicht oder schlug ihn mit einem Schuhohr auf den Kopf. Hingegen kam die grenzenlose Eifersucht der Frau. Er stehe den Friseurmädchen Geld zu, behauptete sie. Allerdings war der Angeklagte tatsächlich einmal in ein Verfahren wegen eines Sittlichkeitsdelikts auf eins der Mädchen verwickelt; die Aussage seiner Frau war aber damals entlastend für ihn. Im übrigen verbrachte er seine Abende stets zu Hause in Gesellschaft seiner Frau. Am Tage vor der verhängnisvollen Nacht befand sich Frau D. wegen physischen Unwohlseins in besonders gereizter Stimmung. Der Angeklagte behauptete, daß er seine Frau überhaupt nicht hätte töten wollen. Sein einziger Wunsch sei gewesen, sie zur Ruhe zu bringen, damit man draußen das laute Geschimpfe der Frau nicht höre. Dadurch sei es zu erklären, daß er, ohne es zu wollen, durch Zubehalten des Mundes und Bürgen am Halbe seine Frau ersticht habe. Bei seiner polizeilichen Vernehmung hatte er allerdings erklärt, daß nicht seine Frau, sondern er das Rasiermesser geholt habe. Prof. Fraenkel stellte fest, daß der Tod nicht durch den Halschnitt, sondern durch die Erstickung verursacht worden sei. Dr. Bürger wollte die Tat des Angeklagten als Affekt handlung gelten lassen. Das Gericht hat sich diesen Standpunkt zu eigen gemacht.

Eine Plage der kleinen Geschäftsinhaber ist, wie uns aus Pantow mitgeteilt wird, eine junge, kleine, Schmachtige Frau von älterem Aussehen, die die Geschäftsinhaber durch folgenden Trick zu schädigen sucht: Die Frau betritt den Laden, fragt nach dem Preis einer Ware, die sie aber wohl kaum zu kaufen beabsichtigt. Hierbei gibt sie

ist das Konto, auf das man freiwillige Beiträge für die energische Führung des Wahlkampfes gegen großkapitalistische Monarchisten und korrupte Militaristen einzahlt.

Bezirksverband Berlin der SPD.
I. A.: Alex Pagels.

genau acht, wo sich vereinnahmte Gelder befinden. Mit dem Vorwande, wiederkommen, verläßt die Frau den Laden; sie tritt aber in einem unbewachten Augenblick wieder ein und stiehlt aus Be hältnissen, die sie sich gemerkt hat. In diesem Falle handelt es sich um etwa 70 Mark. Im Interesse aller wird vor dieser Person gewarnt.

Selbstmordversuch einer Verzweifelten.

Eine Schwerkrante sucht den Freitod.

Gestern vormittag versuchte sich ein 36jähriges Mädchen, Frieda Kuhl, in ihrer Wohnung, Schulstraße 106, durch Gas zu vergiften. Sie wurde in sehr bedenklichem Zustand in das Birchow-Krankenhaus übergeführt.

Die Umstände bei diesem Selbstmordversuch sind tragisch. Das bedauernswerte Mädchen ist charakterlich lungenkrank und seit langem arbeitsunfähig. Die Wohnungsnot in dem überfülltesten Bezirk Wedding brachte es mit sich, daß die Kranke in einem dunklen und luftleeren Korridor nächtigen mußte. Das Bezirksamt Wedding selbst hat durch die städtische Beratungs- und Fürsorgestelle für Tuberkulose im Rudolf-Birchow-Krankenhaus anerkannt, daß Fräulein Kuhl dringend einer eigenen Kohnstube bedürfte. Das schwerkrante Mädchen

Versammlung der Abteilungsleitervertreter
sowie aller sonst für das Miet- und Wohnungswesen interessierten Parteigenossen am Freitag, dem 20. März, abends 7½ Uhr, im großen Saal des Nordischen Hof, Invalidenstr. 126. In dieser Versammlung werden das neue Mietrecht der Werkwohnungen und das Recht der Untermieter sowie Organisationsfragen erörtert werden.

aber beging einen Verzweiflungsakt und öffnete den Gas hahn. Sie schrieb zuvor einen Abschiedsbrief an ihre Mutter, in dem sie sagt: „Was ich als kranker Mensch machen soll, das möchte ich wissen. Es ist das Beste, ich mache mit meinem Leben Schluss. Jede Wirtin hat sich vor meiner Krankheit entsetzt.“ Dann fügt die Verzweifelte hinzu: „Das verdammte Wohnungsamt hat mich auf dem Gewissen.“

Genießt man ein Leben geben, der gegenüber der armen Kranken nicht tiefes Mitleid empfindet, und menschliches Verständnis wird jeder auch dafür haben, daß sie in ihrer Pein das Wohnungsamt anklagt. Jedes Wesen, das in Not ist, sucht nach dem Schuldigen, sucht nach dem, den es anklagen kann. Gewissenlos aber ist es, wenn der kommunistische Abendbrotesser der „Roten Fahne“ so wenig Scham hat, daß er es fertig bekommt, aus der Verzweiflungstat einer armen Kranken eine Anklage gegen das Bezirksamt Wedding zu konstruieren und in gewohnter Weise vom „mörderischen Wohnungsamt“ zu fabulieren.

Das ist eine so dreiste Entstellung der Tatsachen, daß es sich, und zwar besonders gegenüber diesem kommunistischen Heißblut, nicht lohnt, noch ein Wort darüber zu verlieren.

Neue Erdbebenstöße in Italien.

In Udine 12 Tote und 40 Verletzte.

Mailand, 27. März.

Nachdem am Montag nachmittag in Istrien und in Friaul Erdbeben aufgetreten sind, wird soeben ein weiteres, bedeutend stärkeres wellenartiges Beben aus dem Friaul gemeldet, das heute vormittag 9.35 Uhr von den Seismographen in Triest, Benedig und Turin registriert wurde und dort teilweise von der Bevölkerung deutlich wahrgenommen wurde. Das Beben hat die Bevölkerung des Friaul in große Panik versetzt. In Promozos, wo die ersten Stöße 20 Sekunden andauerten, hoben sich die Bewohner ins Freie geflüchtet. Die ersten Alarmmeldungen über die katastrophalen Folgen des Bebens trafen aus Udine ein, wo bis heute abend 18 Uhr 12 Tote und 40 teilweise Schwerverletzte aus den am stärksten heimgesuchten Ortschaften der Provinz, besonders aus dem Abschnitt Cavazzo-Carigo, in Canova und Tolmezzo eingeleitet wurden. In Canova mußte das Militär aus den Anstürmenden Kasernen flüchten. Von Udine sind zwei Hilfszüge mit Militär und Zivilisten nach den am schwersten betroffenen Gebieten abgegangen. Aus Tarvis und Pontebba werden Hauseinsürze gemeldet. Aus anderen, nicht weniger heimgesuchten Gegenden der Provinz fehlen noch nähere Nachrichten, da die Telephon- und Telegraphenverbindungen unterbrochen sind.

Funkwinkel.

Gorkis „Nachtasyl“ ist Bühnenstück. Die Typen müssen vor dem Zuschauer, in der starken Unterschiedlichkeit ihrer Erscheinungen und ihrer Geistes, sichtbar werden, wenn die Gewalt des Glendes, das ihre verkommenen Gemeinamkeit kauft, ganz begriffen werden soll. Die Berliner Funktunde, die das Wort zum 60. Geburtstag des Dichters auf die Sendebühne brachte, wagte sich damit an eine schwere Aufgabe. Denn im „Nachtasyl“ gibt es keine scharfgeschliffenen Dialoge, keine spannende Handlung. Das Ergreifende an diesem Stück ist seine Atmosphäre, die kaum ohne die Hilfsmittel der sichtbaren Bühne herauszubekommen ist. Trotzdem gelang eine überraschend eindrucksvolle Gestaltung. In erster Linie verdient Alfred Brauns ausgezeichnete Regie dafür Dank, die mit sicherem Gefühl das atmosphärische Bild herauszuarbeiten wußte. Die Rollenbesetzung war gut, in den männlichen Rollen sogar vortrefflich. Hier wurde jeder einzelne ohne jede Maniertheit durch Tonfall und Sprechweise so charakteristisch gezeichnet, daß sich das Hörbild auch bei lebhaftem Durcheinandersprechen klar und übersichtlich formte. — Ueber den Dichter Gorki brachte der Tag zwei Vorträge, sogar zwei ausgezeichnete — nur schade, daß sie genau dasselbe, Stellenweise sogar wörtlich dasselbe, sagten. Daran war weder Gerhard Wohl noch Arnold Zweig schuld. Sie stützten beide ihr Darlegungen auf die von Gorki verfaßten selbstbiographischen Schriften. Die Notwendigkeit einer „Chefredaktion“ der Funktunde wurde durch diese Tragikomödie auf das deutlichste bewiesen. Allerdings hätte auch ohne Oberleitung solch grober Fehler nicht unterlaufen dürfen. Les.

Eine kurze Freude.

Fassadenkletterer Richter wieder ergriffen.

Nach angestrengtem Suchen ist es gestern nachmittag der Polizei gelungen, den geflohenen Fassadenkletterer vom Wittenbergplatz, den Gärtner Joachim Richter, in Lichterfelde zu ergreifen.

Auf dem Pfarrerplatz in der Nähe des Botanischen Gartens erging sich gestern nachmittag ein Blinder in Begleitung seines Führerhundes. Ein junger Mann trat plötzlich auf ihn zu, redete ihn in ziemlich barschem Tone an, wie er dazu komme, in den Anlagen mit dem Hunde umherzugehen und verlangte unter der Vorbehaltung, daß er Kriminalbeamter sei, die Ausweispapiere des Blinden. Dieser, der eine derartige Behandlung nicht gewöhnt war, weigerte sich, dem Verlangen nachzukommen und wies auf sein Gebrechen hin, das ihm wohl Vorrechte einräume. Durch den lebhaften Disput der beiden Männer waren andere Spaziergänger auf den Vorgang aufmerksam geworden. Sie traten näher herzu und es fiel ihnen die Kleidung und das Aussehen des angeblichen Beamten auf. Sie erinnerten sich der Beschreibung des Fassadenkletterers in den Zeitungen und machten eine Schupoatrouille des 196. Reviers auf den Mann aufmerksam. Als die Beamten herankamen, um festzustellen, was eigentlich vorliege und den Streit zu schlichten, ergriff der junge Mann die Flucht. Passanten und die Beamten lehten ihm aber nach und konnten ihn nach kurzer Jagd fassen. Auf der Wache des 196. Reviers nannte sich der Festgenommene wieder „Prinz Wilhelm von Preußen“, wurde aber einwandfrei als der Gärtner Richter erkannt. Da er anfang zu toben, so wurde er in einer Zelle untergebracht und dann mit einem sicheren Transportwagen dem Polizeipräsidium zugeführt. Hier wurde er der Allgemeinen Sicherheitspolizei überwiesen, die für seine Unterbringung in einer Anstalt das Erforderliche veranlassen wird.

Auf einem Transport entwichen ist gestern abend ein Schwerverbrecher, der 24 Jahre alte Paul Kolonos, der im Juni vorigen Jahres aus dem Zuchthaus in Brandenburg entfrang und erst vor einigen Tagen in Berlin wieder festgenommen wurde. Kolonos hatte mit einem 26 Jahre alten, ebenfalls aus Brandenburg entfrangenen Walter Fischer und einem dritten noch unbekanntem Manne eine Bande gebildet, die Wohnungseinbrüche am hellen Tage verübte und besonders Charlottenburg und Halensee stark heunruhigte. Auf einem Transport gestern abend versetzte man Kolonos den beiden Beamten, die ihn begleiteten, auf dem Alexanderplatz so heftige Stöße gegen die Brust, daß sie taumelten und zu Fall kamen. Im selben Augenblick verschwand er und tauchte in der Menge unter. Kolonos war gestern mit einem blauen Anzug ohne Mantel und einem grauen Hut bekleidet. Es ist aber festgestellt, daß er sich etwa 10 Anzüge und Mäntel verschafft hat, oft in der Lage ist, sich wiederholt umzukleiden.

Konzert des Schwarzmeierischen Kinderchors.

Der Schwarzmeierische Kinderchor Berlin, der seit mehreren Jahren vom Chorleiter Bernhard Klaut geleitet wird, gab am Sonntag sein alljährliches Konzert in der Hoopschule für Musik. Eine andächtige Gemeinde füllte den großen Saal und lauschte den Vorträgen des gut geschulten Chors, der im Kunstlied wie im Volkslied wieder ganz prächtige Leistungen bot. Chorleiter Klaut ist mit gutem Gelingen bemüht, die Durchbildung seiner Sängerschar von 500 Kindern auf der Höhe zu halten, ungeachtet der Schwierigkeiten, die sich aus der bei einem Kinderchor unvermeidlichen Häufigkeit des Wechsels der Chormitglieder ergeben. Der Erfolg des Konzerts wurde gesteigert durch die Mitwirkung des Geigers Georg Knießädt, Konzertmeisters an der Staatsoper, der Lomperle von Mendelssohn, Beethoven, Brahms und Dvorak gab. Beifallsstürme der Zuhörer dankten ihm und dem Chor.

Pfui, Herr Wulle!

Zu unserer Meldung „Pfui, Herr Wulle!“ über Zusammenstöße zwischen Rechtsradikalen schreibt uns Herr Otto Goetting diese Berichtigung:

In der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom Freitag, dem 23. März 1928 (Nr. 141/A 71) wird in einer Meldung unter der Überschrift: „Pfui, Herr Wulle!“ behauptet: „Der Führer der (aufgehobenen!) nationalsozialistischen Sturmabteilung, Rittermeister Goetting, rief: „Ich erkläre jedem, der es härter will: Wulle ist ein Schurke, ein Lump!“ Diese Darstellung ist un wahr. Wahr ist vielmehr, daß ich eine solche Äußerung nicht getan habe und sie schon deshalb nicht tun konnte, weil ich bei der Versammlung überhaupt nicht zugegen war und auch im Anschluß an die Versammlung mich gar nicht in der Nähe des Versammlungsortes befunden habe. Unwahr ist ferner, daß ich Führer der nationalsozialistischen Sturmabteilung sei. Wahr ist vielmehr, daß seit dem Verbot der NSDAP in Berlin eine Sturmabteilung nicht mehr besteht, ich infolgedessen ihr Führer nicht sein kann und ich außerdem auch während des Bestehens der Sturmabteilung niemals ihr Führer gewesen bin. Otto Goetting.“

Sprechchor für proletarische Feiertunden. Heute, Mittwoch, abends 7½ Uhr, Übungsstunde im Gefängnis der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 16/17. Die Kinder kommen pünktlich um 6 Uhr.

Gegen die politische Justiz! Am Rahmen der heute Mittwoch, dem 28. März, im ehemaligen Herrenbau, Leipziger Straße 3, um 20 Uhr, stattfindenden Kundgebung der Deutschen Liga für Menschenrechte unter dem Thema „Politische Verbrecher? Politische Justiz!“ werden das Wort ergreifen der Landtagsabgeordnete Otto Rulicke, der Fraktionsgenosse E. Gumbel, Dr. Paul Leul, R. d. R. und Dr. Alfred Pfeil.

ist Ihr Haus für den Einzug des Renzes bereit? Jedes Jahr, wenn die Natur zu neuem Leben erwacht, hält auch die Hausfrau ihren großen Frühjahrsreus. Ein, das vorzüglichste Hilfsmittel in der handlichen Sträubel, erleichtert den Hausputz außerordentlich und macht Böden und Tisch sowie alle Gegenstände aus Holz, Metall, Marmor und Glas blank und rein.

Vorbeugend bei Neigung zu Gicht, Rheumatismus usw.



Fachinger Versandstelle, Berlin SW II
Schöneburger Str. 16a. Tel. Lützow 2346-61

ZUR AUFKLÄRUNG

Unsere Methoden
der Mischung und Tabak-Pflege
der



sind durch Patentanmeldungen in allen Kultur-
staaten der Welt für die Reemtsma A.G. und ihre
Tochtergesellschaften geschützt und

**können nicht
nachgeahmt werden**

(Für Deutschland werden keine Lizenzen vergeben)

**REEMTSMA A.G.
ALTONA-BAHRENFELD**

Die beliebtesten



Herrenstoffmantel für Schule und Reise. Im Rücken tiefe Kellersfalte. Ärmel verstellbar. Gr. 60 (jede weitere 0,50 mehr)

6 75

Entzückender Kaschamantel, neue Pilschform, mit Bienen und farbigem Tuch. Gr. 60 (jede weitere 1,00 mehr)

9 75



Neues apartes Junperkleid, herrlich bestickt. Prima Popeline. Größe 60-90 Gr. 60 (jede weitere 0,75 mehr)

12 00



Baby im pfeifertauglichen Rippsmantel, herrlich farbig bestickt. Gr. 45 (jede weitere 1,00 mehr)

12 50

Entzückend Composé-Kleidchen aus pr. Popeline. Größe 45-60 Gr. 45 (jede weitere 0,50 mehr)

6 75

finden wieder regelmäßig statt, und wie bisher werden unsere Mittwoch-Angebote, die immer etwas ganz Besonderes bieten, Jubel bei Groß und Klein auslösen

Denken Sie also daran:

Mittwoch zum Kindertag zu



Oranienstr. 40 Chausseestr. 113 Königstraße 33
Am Oranienplatz Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz



Regen-Mantel, zweiseitig tragbar. Lederrol mit Trenchcoat oder Fantasiestoff. Größe 65-105 Gr. 65 (jede weitere 1,00 mehr)

13 75



Goldig das Hängergchen aus Popeline mit Stickerei. Größe 45-55 Gr. 45 (jede weitere 0,50 mehr)

5 50



Modernes kaschisches Kaschablusenkleid, feine Farben. Größe 60-90 Gr. 60 (jede weitere 0,50 mehr)

8 50

(Nachdruck von Wort und Bild verboten)

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Mittwoch zur Verfügung! — Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Theater, Lichtspiele usw.

Mittw., 28. 3. 28
Staats-Oper
Am Pl. d. Republ.
7 1/2 Uhr
Triptychon
Der Mantel
Saverio Jagella
Gianni Schicchi

Mittw., 28. 3. 28
Städtische Oper
Bismarckstr.
11. Jan. III. Act. 7 1/2
Carmen

Itztl. Schauspiel
Am Lustgarten
8 Uhr
Prinz Louis
Ferdinand

Staatl. Schillerth.
Charlottenburg
8 Uhr
Das Duell
am Lido

TITANIA
Sensations-
prozess
mit Magda
Sonja

Ein Film der National-Film-A.-G.

Für die besten Besetzungen der
Preisträger: „War sie die Täterin?“
in den Vorstellungen am Montag,
dem 26. d. M., erhielten je RM. 50,—
als Prämie:

1. Frau Elisabeth Eissner, Lichtenfelde,
Ringstr. 34 (M. 108.—)
2. Fr. Lotte Liedtke, W., Ansbacher
Straße 29
3. Herr Bruno Brückle, Zapfer im
Rathaus Steglitz

Täglich 6.30, 9 Uhr, Sonntags
4, 6.50 und 9 Uhr.

100 N. Prämie in Jed. Vorstell.

Deutsches Theater
Norden 12.310
Abonnementsbüro:
Norden 10.338-39,
8 1/2 Uhr, Ende 10 U
Zwölftausend
Stg. 1. A. nachm. 4 U
Zinsen (7-7 Mark)

Kammerspiele
Norden 12.310
8 1/2 U, Ende nach 10
Finden Sie, daß
Constance sich richtig
verhält?

Die Komödie
Bismarck 2414/7516
8 1/2 U, Ende 10 1/2 U
Marcel Fradellin
(Der Eausch)

Piscatorbühne
Theater am
Nollendorfplatz
Kurfürst 2091/93
Letzte Vorstellungen
Anf. 8, Ende geg. 11
Die Abenteurer des
braven Soldaten
Schwejk
mit Max Pallenberg
iust. Erwin Piscator
Gastspiel im
Lessing-Theater
Norden 12.798
Täglich 8 Uhr
Hoppla, wir leben!
von Ernst Toller
iust. Erwin Piscator

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Erika Glässner
in
Lissy die Kokette
Für Jugendliche
nicht geeignet

Thalia-Theater
Dresdner Str. 72/73
Täglich 8 Uhr
Das Kamel geht
durch das Nadelohr

Saltanburg-Bühnen
Dts. Künstler-Th.
8 Uhr
Die goldne
Meisterin

Rose-Theater
Gr. Frankf. Str. 132
8 1/2 Uhr
Der Flieger

Metropol-Th.
Zentrum 128 24
8 1/2 Uhr
Der Graf von
Luxemburg

KÜCHEN
Küche Lottchen ... 55 M. 90 M.
Küche Christiana m. Anr. 85 M. 135 M.

RIESEN-AUSWAHL
roher, lackierter, lacker. Küchsch.
einz. Kleider- u. Küchenschränke
in ca.
135 Mustern.

HIMMEL
Hauptgeschäft:
Lothringer Str. 22, Schönhaus. Tor
Filiale:
Gr. Frankfurter Str. 40 am Straus-
berger Pl.

**Berein der Berliner Buchdrucker
und Schriftgießer.**
Mittwoch, den 28. März, 19 Uhr, im großen Saal
von Schultheiß-Pagenhofer (früher Buchbinder),
Fidicinstraße 2-3.

Außerordentliche Generalversammlung
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt-
gegeben.
In dieser Generalversammlung haben uns die Delegierten
für das Jahr 1938 und die Generalversammlungsteilnehmer
nach § 7 des Berliner Vereinsstatuts Zutritt. Als Kassier
gilt nur die vom Vorstand angeordnete Legitimationskarte;
ohne diese kein Einlaß. Um pünktliches und vollständiges Er-
scheinen ersucht.
Der Gewerkschaft.

Vorher findet statt die bereits angekündigte
Druckereifachler-Versammlung
Mittwoch, den 28. März, 17 Uhr, im Gemeinschaftshaus,
Saal 1, Engelste 21-23.
Tagesordnung:
Die Einführung der Kassierung der Sportbeiträge.
Sämtliche Druckereifachler und die Druckereifachler der
Sportarten der Buchdrucker, Schriftgießer, Korsetzler sowie des
Büchsenverbandes werden um ihr Erscheinen ersucht.
Der Gewerkschaft.

Volksbühne
Theater am Hildebrandplatz Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Die Entkleidung
des Antonio Carossa

8 Uhr
Der Zigaretten-
kasten

8 UHR SCALA
Nollendorf 7300
Enrico
Rastelli
und weitere internationale
Variété-Attraktionen.

Berliner Theater
Direktion Kuhnert
Opernplatz 80/81, 8008-170
8 1/2 Uhr
Die Bollé Sisters
Ein Berliner Volks-
stück von
Friedrich Preller — Max
Adelstein, Leo Solld, Leo Lenz

Residenz-Theater
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Kein Polizeiverbot
Oskar Ebelbacher
in
Schule der Liebe
Franz Schenk in 3 Akten.
Für Jugendl. verb.
Für Familien die halbe Preise

Planetarium am Zoo
Verlag, Juchimstraße 50/51
Noll. 1575
18 und 19 1/2 Uhr
Der Sternhimmel
der Heimat
18 u. 21 Uhr:
Im Reiche der
Mitternachtsstunde
Eduard I. M.
Ende geg. 11 Uhr 15 M.

Rind- u. Schweine-Schlächtere
Max Jobski
Putbusser Straße 6
Qualitätsware / Billigste Preise

Kaufen Sie nur
Kapitän-Kaufabak
die Qualitätsmarke 15 Pf.
Kapitän-Kopenhagener 20 Pf.
Vkl.
In den meisten Geschäften erhältlich.

Die Opferfonne
Spiegelt sich im Glanz des frühe-
lingschmucken Heimes. Für
schöne und billige Gardinen
und andere Heimtextilien. Für
neue Kleider und die Umarbei-
tung der alten sorgt mit ihrem
Spezialapparat die gute „Singer“.

Großes Schauspielhaus
Anfang 8 Uhr
Ende 11 Uhr
REGIE:
CHARELL
DOMPADOUR
MASARY

Renaissance-Theater
Steinplatz 901.
8.10 Uhr
Coeur Bube.

**Winter-
Garten**
8 Uhr
Letzte Woche
Otto Reutter

Th. L. Admiralsplatz
Dir. Herm. Haller
Arthur Hammerstein
Gastspiel
Rose Marie
3 Jahre
2 Jahre
400
Aufführungen in Paris
Uraufführung
Freitag, 30. März
präzise 7 Uhr.

Lustspielhaus
8 U. Zum 100. Male
Guido Thieltcher
„Unter
Geschäftsaufsicht“
anschließend
Nachtkab aret

Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Zigeunerbaron
Kürina u. G. (Wine
Pachsa) Lichtenstein,
Hofbauer, Pilscher
iust. (Wagner) Richter,
Bradsky, Brandt.

**KLEINE
ANZEIGEN**
In der Gesamtauflage
des „Vorwärts“ sind
besonders wirksam
und trotzdem
sehr billig!

Ca. 20 Min. vom Bf. Fredersdorf
neu erschlossen □ m von 50 Pf.
an. Verkauf Sonntags i. Restaurant
„Zu den drei Linden“, Rieger
Berlin C. 25, Prenzlauer Str. 32, 1

**Komische
6 1/2 Uhr Oper 8 1/2 Uhr
James Klein's**
gewaltiges neues
Revue-Stück:
**Zieh'
dich aus!**
200 Mitwirkende.
Vorverkauf ab 10 Uhr
ununterbrochen.

Theater am Kottbusser Tor
Kottbusser Straße 6, Tel. Mpl. 16077
Täglich 8 Uhr
Sonntag, nachmittags 3 Uhr.
Elite-Sänger
Im März-Spielplan d. gr. Schlager
„Oh diese Schwiegertöchter“
Volksstück in 1 Akt
Premier: Schorsch Russell, der Meister
der Komik in „Frühlingsszauber“

Walhalla-Th.
Weinbergweg 19/20
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Erben von
Groß-Quirlitz
v. Fedor v. Zobelitz
Vorzeiger dieses
zahlen für Parken
auch Sonntags statt
1,— Mk. nur 60 Pf.

Theater I. d. Lützowstr.
Tel. Kart. 9209-10.
Täglich 8 1/2 Uhr.
**Bennet
contra
Aschenbrödel**

**Erhalte Dich gesund
durch Steinmetz-Brot**
Das patentierte Steinmetz-Verfahren
sichert alles Nährlose ab und er-
möglicht die Erhaltung der reichen
Vitamine, Nährsalze, Schwefel-, Kalk-,
Eisen- und Phosphor-Verbindungen
der Fruchtschicht und des Keimes.
Unübertrefflich an Reinheit
und Nährkraft.

CASINO-THEATER 8 Uhr
Lothringer Str. 47
Doktor Klaus.
Auscheiden: Gutscheine 1-4 Pers.
Fauteuil nur 1,10 M., Sessel 1,60 M.

Reichshallen-Theater
8 Uhr, Sonntag, nachm. 3 Uhr.
Das wundervolle Progr. der
Stettiner Sänger
nachm. ermäß. Preise.
wönhoff-Brettli:
Silbernes Variété-Programm
Tanz! Anfang 8 Uhr, Stg. 5 1/2

**Circus-
BYSSH**
Tägl. 7 1/2 U. Neue
Circus-Attraktionen
Zum Schluß:
Die Rosen des
Herrn Bredow

Auch in Päckchen (Scheiben) erhältlich
in allen 4000 Verkaufsstellen von
Wittlers Brotfabriken, Berlin N65
Maxstraße 2-3

**SINGER NÄHMASCHINEN
AKTIENGESELLSCHAFT**
Singer-Läden überall

Wo fehlt es in der Landwirtschaft?

Zustände in Ostpreußen. — Zur Psychologie der Großagrarien.

Wir sehen heute die Veröffentlichung von Zuschriften vom Lande, in denen urteilsfähige Leute sich in ernsthafter Weise zu den Nöten der Landwirtschaft äußern, forschen. Ein alter Landwirtschaftslehrer mit großer Erfahrung äußert sich hier zu den Zuständen in Ostpreußen, die für die Psychologie vieler Gutsbesitzer charakteristisch sind.

Die Leutenot in großagrarischen Gegenden.

Die Löhne der Arbeiter sind zuweilen, trotzdem ein fester Tarif da ist, derart, daß man sie nur Hungerlöhne nennen kann. Ich frage den 13jährigen, im Wachstum zurückgebliebenen Sohn eines Landarbeiters: „Was hattest du heute zu Mittag?“ Antwort: „Buttermilchsuppe!“ „Welter nichts?“ „Nein!“ „Was giestern?“ „Kartoffelsuppe!“ „Bekommt du auch einen Spitzel (gebratene Speckseite) dazu?“ „Nein!“ „Was gibt es heute zu Abendbrot?“ „Wir essen Vesper- und Abendbrot zusammen und das ist schon gewesen! Am dritten Tage hat er Kartoffelsuppe.“ „Bekommt du auch einen Spitzel dazu?“ „Ja!“ „Wie lang war er?“ Er zeigt mir die Länge seiner halben kleinen Hand. „War er dick?“ „Nein, das Schwein war krank geworden und mußte noch jung geschlachtet werden.“ Da gab es, frage ich, doch frische Blut- und Gräuwurst? Antwort des kleinen Knaben: „Nein, das Schwein hatte kein Blut.“ — Man frage nicht zu viel.

Es fehlt in der Hauptarbeitszeit vielfach an Leuten; aber höhere Löhne mögen sie nicht zahlen. Da, im letzten Herbst las ich, wie sogenannte Landwirte es der Reichsbahnverwaltung zum Vorwurf machten, daß sie den nach dem Westen ziehenden Arbeitern, wo sie anständiger behandelt werden, sogar Extrazüge stellt. Daß der Grund des Fortziehens ihrer Arbeiter allein an ihnen selbst (den Herren) liegt, sind sie unfähig, einzusehen; denn früher dachte man ganz anders.

Ein Grund dafür, daß die Landarbeiter aus meiner Gegend abwandern, liegt auch in der Forderung: Deputanten müssen zwei Hofgänger stellen. Diese müssen aber für einen so geringen Preis arbeiten, daß mir in der Inflationszeit eine Arbeiterfrau, die sogar drei Söhne als Hofgänger stellen konnte, sie befähige so wenig Lohn für ihre Söhne, daß sie den einzelnen nicht einmal 1 Pfund amerikanisches Schmalz für den Wochenlohn kaufen könne.

Wo bekommt aber ein jungverheirateter Arbeiter seine Hofgänger her, und ohne solche wird er nahe der Stadt schon gar nicht genommen. Für einen jungverheirateten Arbeiter ist das so schwierig, daß er notgedrungen ins Industriegebiet wandern muß. Es versicherten mir viele sehr tüchtige Arbeiter, das allein sei der Grund, weswegen sie abwandern müßten. Wer nun erwachsene Söhne hat, die dem Vater folgen, ist allein geeignet. Dienst als Deputant zu nehmen. Werden die Söhne aber älter und gehen aus dem Vaterhause, und die Eltern bleiben allein ohne Hofgänger zurück, so werden sie, wie ich das hier leider des öfteren gesehen habe, als alte Leute unbarmherzig vom Gutsbesitzer aus der Wohnung auf die Straße gejagt.

Sehr höchlich, aufregend und abstoßend für einen anständigen Menschen ist es auch, wenn ein Besitzer seinen Arbeitern Abzüge vom Lohn nach eigenem Ermessen macht, obwohl er von ihnen besonders im heißen Sommer Leistungen wie ein gefühlvoller Mann verlangt. . . . Mögen sie gerichtlich klagen! Ich kenne einen solchen Herrn, der zuweilen gleichzeitig mit dreien seiner Arbeiter wegen Lohnabzüge im Prozeß gestanden hat. Sollen sie bei einem solchen Manne länger bleiben?! In der jetzigen Notzeit der Arbeitslosigkeit aber findet der Besitzer immer neue Leute, die hoffen, keine Zufriedenheit zu erlangen und erst durch eigene Erfahrung klug werden.

Ich betone hier, daß ich mit den obigen Vorwürfen nicht das Gros der redlichen, anständigen Landwirte mit echt stiller Gesinnung meine, vor denen ich alle Achtung habe, sondern eben nur den Teil unter den angeblichen Landwirten, der aus dem landwirtschaftlichen Grundbesitz ausgeschieden werden muß, der am meisten über die Not der Landwirtschaft klagt und dem Ruf der guten Landwirte nur schadet.

Die mangelnde Berufsbildung.

Neben unfähigen Landbesitzern gibt es leider auch zahlreiche Bauern, die nicht mit den Anforderungen und Fortschritten der Zeit mitgegangen sind, sondern im alten Schlendrian wirtschaften, trotzdem heute ganz andere Ansprüche an einen Landwirt gestellt werden, und die dann über schlechte Zeiten klagen und jammern. Die Gelegenheit, wenigstens ihre Söhne zum Besuch landwirtschaftlicher Winterschulen zu schicken, wo sie sich die notwendigsten theoretischen Kenntnisse, die für einen heutigen Landwirt ganz notwendig sind, holen können, wird in bäuerlichem Eigensinn nicht benutzt. Es haben verschiedene Landwirtschaftslehrer in landwirtschaftlichen Zeitungen wiederholt dringend auf den Besuch der Winterschulen hingewiesen, aber ohne ersichtlichen wesentlichen Erfolg. Nicht die Hälfte der Bauern schickt ihre Söhne dahin, trotzdem der Staat den

ärmeren größere Beihilfen dazu gewährt. Die Regierung müßte mit Zwangsmaßnahmen vorgehen und keinem anderen den Erwerb von Grund und Boden gestatten, der nicht genügend theoretisch wie praktisch dazu vorgebildet ist. Viele Versuche sind zwar schon lange damit gemacht, aber fast ohne Erfolg und zu wenig durchgreifend von ungeeigneten Organen.

Die „Auch“-Landwirte.

Zu solchen sogenannten Landwirten sind nach dem Kriege noch verschiedene andere dazugekommen, darunter auch eine Zahl entlassener aktiver Offiziere, die sich gar nicht zu Landwirten eignen, die aber, wenn sie bereit sind, sogar zu Vorstehenden von Kreislandwirtschaftsverbänden gewählt werden können.

Ich habe die Wirksamkeit des Vorstehenden des Kreislandwirtschaftsverbandes meiner Kreisstadt vor Augen. Als Sohn eines Stadtpfarrers ist er in der Stadt großgezogen, ging zur Marine und wurde nach dem Kriege als hoher Marineoffizier mit Pension entlassen. Vorher aber hatte er sich die Tochter eines Rittergutsbesitzers erobert und übernahm bald nach dem Tode des Schwiegervaters die Bewirtschaftung des Gutes. In der Inflationszeit ist es ihm, was kein Wunder ist, als Landwirt gut gegangen. Dann aber begannen die öffentlichen Klagen und der Ruf nach Unterstützung durch den Staat. Als Sachkundiger habe ich darüber lachen und lachen müssen, wie kommt es dazu, so anmaßliche Urteile über „die Landwirte“ zu fällen. Er verwechselt sie mit Landbesitzern. Ich habe einmal mit wirklich sachkundigen Landwirten die Frage eingehend erörtert: Wann kann ein Landwirt die Bewirtschaftung eines Gutes mit Erfolg übernehmen? Wir kamen darin überein: Wenn der junge Mann von jung auf sich an den landwirtschaftlichen Arbeiten wenigstens in den Ferien beteiligt, eine Landwirtschaftsschule oder landwirtschaftliche Hochschule besucht hat, so kann er nach guter praktischer Betätigung in der Wirtschaft, auch in fremden Wirtschaften, etwa im 28. Lebensjahr als Landwirt sich selbständig machen.

Als ich einen Stadtbewohner fragte, wie dieser Mann dazu komme, so dreist und selbstbewußt über Landwirtschaft zu reden, wurde mir erwidert: Sein Vater, der Pfarrer, hätte es verstanden, süße und liebliche Worte zu reden, welche seine Zuhörer gern hören; der Sohn tue das auch und verleihe es, dem gewöhnlichen Landwirt Gefälliges zu sagen. Ich finde noch seinen Glückwunsch an die Berufsgenossen zum Neuen Jahr 1927: „Das jetzt dühnende Jahr war für uns Landwirte (!) wieder ein Jahr biterer Enttäuschung! Es hat unsere Hoffnungen nach den großen Ernteausfällen der Jahre 1924 und 1925 von neuem zerklüftet. . . . Ein Teil unserer Berufsgenossen liegt als Opfer der bisherigen wahn sinnigen Wirtschafts- und Steuerpolitik auf der wirtschaftlichen Totenstraße ulm.“ Das erlaubt sich ein ehemaliger Marineoffizier zu sagen. Die frühere kaiserliche . . . Regierung hätte . . .

Güterpreise und Besitzwechsel.

Trotz der Notlage der Landwirte gehen die Güterpreise kaum herunter, damit der neue Käufer rentabel wirtschaften könne, sondern sie werden teilweise noch teurer. Das Gut meines Vaters, das vor dem Kriege zu einem bestimmten Preise verkauft wurde, ist nach dem Kriege für die doppelte Summe ausgeboten und verkauft, obwohl nichts daran verbessert wurde. Ich fand einmal eine Reihe von ostpreussischen Gütern aufgeführt, die mit Vorteil verkauft wären. Man erschäut daraus, wie das Gütergeschäft in den rechten Händen blüht.

Es wäre nicht die schlechteste Idee, wenn der Staat Güter-Zentralverkaufsstellen einrichten würde, die auch gleich die Eignung des Bewerbers prüften. Ehe da der Staat nicht ernstlich einschreitet, kann es zu normalen Zuständen nicht kommen. Man sieht heute genug überzahlte Güter, die allmählich ausgewirtschaftet werden und kaum noch Erträge liefern, aber nicht solche, die den heutigen Anforderungen entsprechen. Es ist daher notwendig, daß der Staat eine strengere Kontrolle beim Besitzwechsel einleitet läßt.

Obt es denn aber auch genug solcher Leute, die als besserer Ersatz für unfähige Landwirte eintreten könnten? Reichlich — und gediegenerer Ersatz! Im allgemeinen kann man dazu alle akademisch gebildeten Landwirte mit guten Diplomegamen rechnen, wenn sie nur eine gründliche praktische Ausbildung haben, ebenso für kleinere Wirtschaften solche praktisch veranlagten jungen Leute, die mit bestem Erfolge beide Winterschulkurse durchgemacht haben, usw. Es gibt so viele tüchtige Landwirte, die während der Inflation vertrieben und so den größten Teil des Vermögens verloren. Es gibt andere, die im tiefsten Schmerz ihr Grundstück veräußerten, weil der einzige Sohn im Kriege fiel, andere, die aus dem Memellande oder Westpreußen freiwillig fortzogen oder ausgewiesen sind, usw. Es gibt so viele tüchtige Oberinspektoren, denen man die Bewirtschaftung eines Gutes allein überlassen könnte, ohne daß ihnen ein unverständiger Gutsbesitzer, der nichts weiter als das Geld zum Kauf des Gutes hatte, hineinredet und unter Umständen großen Schaden anrichtet. . . .

Dr. Schacht als Erzieher.

Eine Rede in Königsberg.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat seine für Königsberg fällige Rede nun gehalten. Seiner Vorliebe, die deutsche Politik zu beeinflussen, hat er diesmal die Form von Ratsschlägen gegeben. Nach einigen höflichen Worten an die Adresse der Landwirtschaft über deren grundlegende Bedeutung in der Gesamtwirtschaft, verbreitete sich Schacht, wahrscheinlich nicht ganz ohne inneren Zusammenhang mit der aufreizenden Politik des Verbundes, über den Begriff der Demokratie. Wenn es irgendwem von uns schlecht gehe, erfolge sofort der Ruf nach Staatshilfe. Wir alle aber seien der Staat, und anstatt immer gebannt auf den Staat und auf die Behörden zu sehen, seien vielmehr die Selbsthilfe und die Selbstverantwortung voranzustellen. Der Staat wolle erobert sein von jedem einzelnen.

Weiterhin beschränkte sich der Reichsbankpräsident auch mit der Finanzkrise der Landwirtschaft, wobei er die Unzulänglichkeit der heutigen Organisation des Genossenschaftswesens und dessen Reformbedürftigkeit unterstrich. Die Reorganisation von oben, die gegenwärtig vom preussischen Staate betrieben werde, sei unzulänglich ohne eine Unterstützung von unten. Er warnte davor, daß in diese Reorganisationsarbeit Politik hineingetragen werde.

Es ist erfreulich, daß Reichsbankpräsident Dr. Schacht mit diesen auch an die Adresse der landwirtschaftlichen Genossenschaften gerichteten Worten einer friedlich aufbauenden Lösung der genossenschaftlichen Finanzfragen dienen wollte. Nach der Haltung der Genossenschaftsverbände in den letzten Wochen ist die darin liegende Mahnung sehr am Platze, und wir hoffen, daß die Mahnung in den Genossenschaftskreisen auch verstanden werden wird. Die preussische Regierung und die Preussische Zentralgenossenschaftskasse haben selbstverständlich kein anderes Ziel bei ihrer Arbeit von oben her, als die Voraussetzungen zur finanziellen Gesundung von unten her sicherzustellen. Um so mehr muß Reichsbankpräsident Schacht, der als Leiter der Preussenkasse keine andere Politik machen könnte als diese und der preussische Staat, mit dieser Art Sonierung von oben grundsätzlich einverstanden sein.

Die Bemerkung Dr. Schachts, daß der Staat nicht zu einer Einrichtung für Kostgänger, Sozialrentner, Erwerbslose und dergleichen werden dürfe, ist zwar kennzeichnend für Dr. Schacht. Aber wie manches, wird man auch diese Bemerkung nicht allzu tragisch nehmen dürfen, da Herr Schacht Kreisen, die ihm nahe stehen, immer zur rechten Zeit die richtigen freundlichen Worte zu widmen weiß. Der Anfang seiner Rede streifte die Landwirtschaft, und hier tat er den Unternehmern gern einen Gefallen. Nebenfalls freuen wir uns, daß in der Königsberger Rede kein kostbares Porzellan zerklüftet wurde. Anders als seinerzeit in B o c h u m .

Knorrbremse wieder große Gewinne.

Neuer 30-Millionen-Auftrag aus Belgien.

Wie in den letzten drei Jahren verteilt die Knorrbremse A.-G. in Berlin-Richtenberg auch für 1927 wiederum 10 Proz. Dividende. Die Rohgewinne sind mit 16,5 Millionen Mark noch um dreieinhalb Millionen höher als im letzten Jahre, während durch die erhöht ausgewiesenen Unkosten und besonders die stark heraufgehenden Abschreibungen der Reingewinn von 5,6 Millionen Mark dem Vorjahre entspricht. An der Umsatzerzeugung war in erster Linie das Ausland, besonders Holland und Schweden, durch die Einführung der Runze-Knorr-Bremse auf den dortigen Bahnen beteiligt.

Außerdem ist jetzt die Entscheidung der belgischen Staatsbahn über die Einführung der Luftdruckbremse auf den belgischen Bahnen nach heftigem Konkurrenzkampf der internationalen Bewerber gefallen. Der Auftrag, der einen Wert von 60 Millionen Mark hat, wird zur Hälfte der Westinghouse-Bremsegesellschaft in Brüssel und zur Hälfte der Runze-Knorr A.-G. in Berlin auf Reparationskonto erteilt, welche auch die Lizenz auf die Herstellung der Westinghouse-Bremse besitzt. Die Durchführung dieses 30-Millionen-Auftrags wird die Betriebe der Runze-Knorr auf mehrere Jahre beschäftigen.

18 Proz. Dividende für Kunstseide.

Neue Kapitalerhöhung von 60 auf 75 Millionen Mark bei Vereinigte Glasstoffwerke.

Der Aufsichtsrat der Vereinigten Glasstoffwerke in Elberfeld, des großen deutschen Kunstseidenunternehmens, hat eine Erhöhung der Dividende beschlossen. Statt 15 im Vorjahre sollen 18 Proz. verteilt werden auf das erst im Monat August um 18 auf 60 Millionen Mark erhöhte Kapital. Die neuen 18 Millionen sind, entsprechend der späten Regelung, nur für ein halbes Jahr an der Dividende beteiligt. Gleichzeitig hat der Aufsichtsrat beschlossen, der kommenden Generalversammlung eine weitere Erhöhung des Aktienkapitals vorzuschlagen. Es soll von 60 auf 75 Millionen erhöht werden. Es muß angenommen werden, daß die Kapitalerhöhung der Angliederung neuer Gesellschaften dienen soll, und zwar wohl hauptsächlich im Ausland. Dafür spricht das, wie schon bei der August-Kapitalerhöhung der größere Teil Verwaltungsaktien blieben, so auch jetzt die Aktionäre nur die Hälfte der jungen Aktien beziehen sollen. Zu einem sehr kleinen Teile sollen die neuen Aktien zur Fusion der Kunstseidefabriken A.-G. Kestlerbach Verwendung finden, die bisher schon mit mehr als der Hälfte der Aktien von der Vereinigten Glasstofffabrik beherrscht war.

Die Kapitalerhöhung ist aber mehr als das. Da die Aktien den Aktionären bei einem Börsensturz von 720 für 125 Proz. überlassen werden, ist das Bezugsrecht ein großes Kapitalgeschäft. Die Vereinigte Glasstofffabrik kann darauf verzichten, so riesenhaft sind ihre Gewinne, zur Beschaffung neuer Gelder den hohen Kurs ihrer Aktien auszunutzen.

Die Goldkäufe der Reichsbank, die in dem vorigen Wochenaustrage angekündigt worden sind, sind im Reichsbankbericht vom 28. März mit einem Zuwachs von 20,8 Millionen eingeleitet. Im allgemeinen läßt der Bericht kaum erkennen, daß der Quartalskauf die Reichsbank schon stärker in Anspruch genommen hätte. Die Wechselbestände sind wieder um 78,1 auf 1927,6 die Lombardbestände um 59,7 auf 81,3 Millionen Mark zurückgegangen. Die fremden Gelder auf Girokonto haben sich um 3,1 auf 495,2 Millionen geringfügig erhöht. Die Goldbestände sind durch die Zugänge auf 1908,9 Millionen gestiegen. Der Bestand an bedienungsfähigen Devisen hat einen Rückgang um 35,3 auf 226,8 Millionen erfahren, ohne daß diesmal Gründe dafür angegeben worden sind. Der Umlauf an Reichsbanknoten sank um 122,7 auf 3763,1 Millionen, derjenige an Rentenbankcheinen um 7,6 auf 596,5 Millionen.

Gute Entwicklung der „Behag“, Gem. Heimstätten, Spar und Bau A.-G., Berlin. Der Umsatz ist im Geschäftsjahr 1927 erneut gestiegen und dürfte sich rechnerisch auf 18 Millionen gegenüber 14 Millionen Mark im vorangegangenen Jahr stellen. Die Gesellschaft hat im Jahre 1927 1209 Wohnungen auf 11 Baustellen in Angriff nehmen können. Seit Bestehen wurden in fast vier Jahren 3595 Wohnungen erbaut bzw. in Angriff genommen. Auch für das Jahr 1928 wird die Wohnungsbautätigkeit in größerem Umfange fortgesetzt. Für eigene Rechnung wurden bisher 2252 Wohnungen errichtet, die Stadt Berlin hat 558 Wohnungen in Auftrag gegeben. Die Stadt Berlin ist an der Gesellschaft auch nicht unmaßgeblich beteiligt.

Von Herrn Julius Berger, dem Chef der Julius Berger Tiefbau A.-G., werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß die von 160 000 auf 432 000 Mark erhöhten Lantien nicht allein den zwölf Herren des Aufsichtsrates, sondern auch Vorstandsmitgliedern und Beamten zugute gekommen seien. Wir bringen diese Veräußerung gern, obwohl sicher Vorstand und Beamte auch schon in den früheren Jahren an der Lantie beteiligt waren, so daß in der Tat die Erhöhung für die Aufsichtsräte eine Verdreifachung bedeutet hat. Nicht mit Unrecht werden wir darüber hinaus vermuten dürfen, daß Tarifangestellte sicher nicht an der Lantie beteiligt wurden. Wie wir gleichzeitig erfahren, beschäftigt die Gesellschaft nicht 4500, sondern zurzeit 8000 bis 9000 Arbeiter und Angestellte, von denen im Inland nur etwa 1000 Mann arbeiten.

Will die Reichspost selbst Benzin erzeugen? Der Reichsverband der deutschen Industrie protestiert heftig dagegen, daß die Reichspost sich mit 2,8 Millionen Mark an einem Braunkohlenunternehmen beteiligen will, das einen neuen Betriebsstoff herstellen soll. Die Reichspost wolle sich damit vom Benzineinverkauf unabhängig machen. Wie dazu gemeldet wird, soll sich der Verwaltungsrat der Reichspost in seiner letzten Sitzung tatsächlich mit der Frage einer Benzinbeteiligung für die Versorgung der Kraftposten beschäftigt haben. Es ist selbstverständlich, daß man grundsätzlich auch gegen eine Beteiligung der Reichspost an einem Industrieunternehmen nichts einzuwenden braucht, wenn in der Tat darin das beste Mittel liegt, ein wirtschaftliches Bedürfnis zu befriedigen. Aber es ist zweifelhaft, ob eigene Benzinversorgung über ein Braunkohlenunternehmen ein vernünftiger Weg ist. Jedenfalls sind von der Reichspostverwaltung Erklärungen darüber zu verlangen, was sie will, und welche Vorteile sie mit ihrer Absicht erwartet.

Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten scheint doch weniger groß zu sein, als es die Behauptung der amerikanischen Oppositionspartei wahrhaben will. Arbeitssekretär Davis hat im amerikanischen Senat erklärt, daß die Vereinigten Staaten im Augenblick 1 874 000 Arbeitslose haben gegenüber 23 849 000 beschäftigten Personen. Gegenüber dem Jahre 1925 sei die Arbeitslosigkeit um 7,4 Proz. zurückgegangen. Die am meisten verbreitete Schätzung der amerikanischen Arbeitslosigkeit, die auch semioffiziell gemittelt hat, lautete bisher auf 4 Millionen.

Einer, der sich zu helfen weiß.

Humoreske von Alphonse Crozière.

Eines Tages nahm Zyprian auf dem Westbahnhof eine Rückfahrkarte, um sich nach Rosenau zu begeben. In diesem reizenden Ort befand sich nämlich eine junge Dame, auf die er seit langem seine Augen geworfen hatte, und er wünschte nichts Schöneres, als sich mit ihr zu vermählen.

Er hatte sich mit einem kleinen Weidenstrauch bewaffnet, den er der Mutter der Auserwählten anbieten wollte; er war nämlich ein ganz Schläuer.

Etwas nervös (und diese Nervosität ist leicht erklärlich bei etwas schüchternen Naturen, die Angst davor haben, abgewiesen zu werden und sich lieber einem brüllenden Löwen als zwei spöttischen Frauenzungen gegenüber befinden), also etwas nervös geworden, legte sich Zyprian im Geiste während der Fahrt den rührenden kleinen Aufsatz zurecht, bei dem er die Hauptrolle spielen sollte. Als er es sich gerade am schönsten ausmalte, kletterte ein ziemlich eleganter Herr ins Abteil und nahm ihm gegenüber Platz. Auch der Herr trug einen Strauch, der aus verschiedenen Blumen bestand; doch überwogen die Rosen.

Man kam ins Gespräch. Und nachdem der Herr um Erlaubnis gebeten hatte, an den Weiden seines Gefährten riechen zu dürfen, streckte er Zyprian seine Rosen hin. Der berauschte sich solange an ihrem Duft, bis er schläfrig wurde und ganz allmählich die Besinnung verlor.

Als sein Gegenüber ihn in tiefem Schlaf liegen sah, lächelte er befriedigt, durchsuchte seine Taschen, zog die goldene Uhr, Brieftasche nebst Börse hervor und verließ das Abteil auf dem nächsten Bahnhof. Endlich hält der Zug in Rosenau.

„Alles aussteigen!“ ruft der Beamte, dessen Dienst gerade zu Ende geht. Er blüht rot in die einzelnen Abteile, um sich zu vergewissern, daß nichts liegen gelassen ist.

Da steht er Zyprian übermüht vom künstlichen Schlaf, in dem ihn ein starkes Betäubungsmittel versetzt hat.

„He, Sie da, wir sind angelangt!“
Keine Antwort.

„Hallo, wachen Sie doch auf, Himmelherrgott noch einmal!“
Düsteres Schweigen.

Der Beamte klettert in den Wagon und schüttelt Zyprian, der kein Lebenszeichen mehr von sich gibt, mit aller Kraft.

„Ranu“, brummt er, „da hab' ich anscheinend einen Reisenden vor mir, der während der Fahrt gestorben ist. Das hat mir gerade noch gefehlt!“

Er sieht auf seine Uhr.

„In drei Minuten könnte ich den Bahnhof verlassen und muß mich jetzt darauf machen, wegen dieses Unfallschuldens noch eine Stunde dazubleiben. Und meine Suppe wird kalt werden... Es gibt doch Leute, die gar keine Rücksicht kennen! Muß es dem da einfallen, unterwegs zu sterben, um einem armen Beamten den Dienst noch schwerer zu machen. Aber wenn ich ihn da lasse und nichts sage, kann ich noch mehr Scherereien davon haben.“

Da kommt dem Biedermann plötzlich ein Gedanke.

„Der Kerl muß doch eine Karte haben!“

Er durchsucht ihn und zieht aus der Westtasche eine Rückfahrkarte hervor.

„Hab' ich mir's nicht gedacht!“ triumphiert er. „Schöner konnte ich mir's gar nicht wünschen.“

Dann trennt er gewissenhaft die eine Hälfte ab, steckt die andere wieder in Zyprians Tasche, öffnet die Tür zu einem auf dem Nebengleise stehenden Wagon, packt den Schlaftrunk und schleppt ihn in den Zug, der nach dem Westbahnhof zurückfährt.

„So“, meint er befriedigt, mit dem Bewußtsein, seine Pflicht erfüllt zu haben, „jetzt ist alles in Ordnung. Im Leben muß man sich zu helfen wissen. Wohl zu ruhen!“

Und nachdem sein Dienst beendet ist, geht er nach Hause, wo seine Suppe auf ihn wartet.

So wurde Zyprian, der von nichts ahnte, nach dem Westbahnhof zurückbefördert, wo er aus seiner Betäubung aufwachte.

„Rosenau, nicht wahr, Schaffner?“

„Rein, Westbahnhof.“

„Sie scherzen. Ich fahre doch nach Rosenau.“

„Sie kommen gerade von dort.“

„Was, ich komme von dort? Da stimmt etwas nicht. Ich habe doch noch die ganze Fahrkarte in der Tasche. Sie werden gleich sehen.“

Über Zyprian ist wie vom Blitz getroffen, als er nur noch die halbe Karte vorfindet.

„Sehen Sie“, triumphiert der Beamte, „Sie haben die andere Hälfte benutzt. Na, steigen Sie aus und legen Sie sich gleich schlafen. Schließlich ist es kein Verbrechen, wenn man ein Gläschen über den Durst trinkt.“

Zyprian ist etwas verduht, aber seine Bedepptheit verwandelt sich in tiefste Bitterkeit, als er den Verlust seiner Uhr und seiner Brieftasche feststellt.

Mit einemmal ist ihm alle Lust vergangen, noch einmal nach Rosenau zurückzufahren, und so ist er bis auf den heutigen Tag Junggeselle geblieben. *Berechtigter Uebersetzung von Dr. Ernst Herzog*

„Der Mensch ist gut.“

Von Gideon Göffele.

In einem vornehmen Wallstreetbureau sah der Student Henry Livingston Mr. Fowler gegenüber, dem Besitzer einer New Yorker Bijouteriefabrik, die täglich 10 000 Uhren herstellt und verkauft.

„Der Mensch ist gut“, sagte Livingston. „Der Antrieb ist ihm eingeboren, seinen Egoismus zu überwinden. Diesen Antrieb kultiviert die „Gesellschaft zur Pflege reinen Menschentums“, der anzugehören ich die Ehre habe. Beweisen Sie Ihren Glauben an die Menschheit, indem Sie uns einen Geldbetrag schenken.“ Er zog eine Zeichnungstafel hervor: „Wieviel darf ich für Sie eintragen?“

Mr. Fowler machte eine ablehnende Gebärde. „Der Mensch ist schlecht“, erwiderte er. „Dies habe ich leider nur allzu oft erfahren müssen. Und dies beweisen auch Sie mir wieder, junger Mann! Es ist gar nicht „gut“ von Ihnen, daß Sie Begeisterung heucheln für eine Sache, deren Ziele Ihnen gleichgültig sind. Es handelt sich für Sie ja doch nur um jene Provisionen, die Sie aus den gesammelten Spenden beziehen! Wieviel Prozente verdienen Sie?“

„Das ist eine Beleidigung“, brauchte der Student auf. „Natürlich will ich Geld verdienen, weil niemand mir die Mittel zum Studium schenkt. Aber wer sagt Ihnen, daß mir darum die Ziele meiner Gesellschaft gleichgültig sind?“ Weil er von dem Gefagten selbst nicht überzeugt war, suchte er sich aus der Affäre herauszuschlüpfen, indem er mit Aplomb den Raum verlassen wollte.

Der alte Fowler hielt ihn zurück. Er nötigte ihn nieder in einen Sessel. Er entnahm seiner Brieftasche eine 100-Dollar-Note und bedachte sie dem jungen Menschen als Studienbeihilfe in die Hand. Dann sagte er: „Ich werde den Beweis antreten, daß der Mensch schlecht ist!“ Und er begann:

„Vor rund 40 Jahren betrat ich zum erstenmal Europa, um für eine Chicagoer Firma einen Patentkonferenzenbüchsenfabrik einzuführen. In London und Paris hatte ich nichts verkauft. Langsam aber sicher ging mir das Geld aus. Mit nicht ganz 25 Dollar in der Tasche kam ich in Amsterdam an. Ich war noch keine hundert Schritte von der Zentralstation entfernt, als sich an meiner Seite ein Mensch bemerkbar machte, der französisch auf mich einsprach. Er mochte mich für einen Franzosen halten, weil ich einen in Paris gekauften Chapeau claque trug.“

„D'nt uderstand“, kante ich dem Menschen ins Gesicht und ließ ihn stehen.“

Er kam mir gleich nach. Er war wie verwandelt. Er suchte mich in seine Arme zu schließen. Er sprach flüchtig englisch mit amerikanischem Akzent. Er gab sich mir als Landsmann zu erkennen. Das Ende war, daß er mich anpumpt, weil er in Rot geraten sei. Ich lehnte ab, weil ich nichts zu verschicken hatte und weil mir das Individuum nicht gefiel. Und wieder ließ ich ihn stehen.“

Und wieder kam der Mensch mir nach. Er spielte die getränkte Urnschuld. Was ich wohl von ihm denke? Er sei zu stolz, um ein Almosen anzunehmen. Aber ein Geschäft wollte er mit mir machen. Was ich ihm hierfür gäbe? In seiner Hand blühte es golden auf. Er bot mir eine echte Schweizer Remontoiruhre zum Kaufe an. Sie war geklempt und mochte 100 Dollar unter Brüdern wert sein. Er forderte 30 Dollar von mir, während ich ihm 10 bot. Auf 20 Dollar einigten wir uns.“

Rein Führer zog mich in einen Hausflur. Dort sollte die Regulierung des Handels vor sich gehen. Ich untersuchte die Uhr noch einmal ganz genau. Warum trug der Mensch sie nicht in das nächste beste Uhrengeschäft, wo man ihm 40 Dollar oder mehr gegeben hätte?

Im lauernden Blicke meines Partners stand geschrieben, daß er meine Frage erraten hatte, noch ehe ich sie aussprechen konnte. Zu einem breiten Grinsen verzog sich sein Gesicht. Als er mir

gestand, daß er die Uhr „gekauft“ habe, sah er sich schon nach allen Seiten um.

Eine Sekunde lang beform ich mich, ob ich mich nicht zurückziehen sollte. Es war ja Hehlererei, wenn ich die Uhr abnahm! Hehlererei? Zum Teufel, nein, es war keine Hehlererei! Was ging mich an, wo der Kerl die Uhr her hatte! Wer konnte mir verbieten, einen Landsmann zu unterstützen? Ich nahm die goldene Uhr in Empfang und zählte meinem Partner 20 Dollar in die Hand, der spornstreichs verschwand.

Eine Viertelstunde später mußte ich mich dann von einem Zumeister belehren lassen, daß meine Uhr aus echtem — mit Geolin zu strahlendem Glanz eingeschnitten — Messing bestand und ein Dreigroschenmerk besaß. Ich war zerknirscht wie der Sünder beim jüngsten Gericht. Als man mir aber zum Beweis die gleiche Uhr zu 1 Dollar zeigte, konnte ich der Versuchung nicht widerstehen, für den Rest meiner Barkasse drei weitere Messinguhren einzutauschen. Diese drei Uhren verkaufte ich noch am gleichen Tag das Stück zu 20 Dollar auf dieselbe Weise, wie es mir von meinem „Landsmann“ beigebracht worden war. Die 20-Dollar-Uhr aber habe ich mir bis zum heutigen Tage aufbewahrt, weil in ihr das Geheimnis meines geschäftlichen Erfolges beschlossen ruht.

Selbsterständlich legte ich sofort die Vertretung der Patentkonferenzenbüchsenfabrik nieder. Eine Woche nach blieb ich in Amsterdam und verkaufte meine 1-Dollar-Uhren für den zwanzigfachen Preis. Dann kehrte ich nach Amerika zurück. Ich hatte nicht nur das Reisegeld verdient, sondern noch 50 Dollar herabgesetzt. Mein Reingewinn von einem halben Dollar pro Uhr bringt mich mit keinem Gesehparagrappen in Konflikt.

Reine 1000 Vertreter verdienen 1 Dollar pro Stück. Sie sehen meine Uhren in allen Ländern der Welt direkt an den Verbraucher ab. Sie arbeiten samt und sonders nach jenem Verkaufssystem, das ich für 20 Dollar in Amsterdam erworben habe, das heißt: Sie geben den Käufern an, daß die Uhr nur darum so billig sei, weil sie aus einem Diebstahl stamme. Wollen Sie in Anbetracht der Tatsache, daß 10 000 Menschen täglich meine Uhren kaufen, noch immer behaupten, daß der Mensch gut sei?“

Der Student ging weg, ohne die Frage beantwortet zu haben. Am andern Tag aber ließ bei Mister Fowler folgendes Schreiben ein: „Hierdurch teile ich Ihnen mit, daß ich meine Tätigkeit für die „Gesellschaft zur Pflege reinen Menschentums“ aufgegeben habe. Ich habe den Eindruck, daß ich als Vertreter Ihres Hauses große Umsätze erzielen könnte. Ich bitte Sie daher, mich als Verkäufer Ihrer Uhren anzustellen. Bemerken möchte ich, daß ich an meinen Idealen durchaus nicht irre geworden bin. Vielleicht kann ich meine Mitmenschen durch nichts mehr erzieherisch beeinflussen, als wenn ich Ihnen — ohne ihnen Schaden zuzufügen — die Erfahrung vermitteln, daß bei Diebstahl, bzw. bei Hehlererei der Gewinn — illusorisch ist.“

Natürlich stellte Mister Fowler unseren Apostel als Verkäufer an. Nach wenigen Tagen schon durfte er die Begünstigung erleben, daß der neue Mann die Leistungen seiner bewährten Leute in den Schatten stellte. Er konnte nicht umhin, laut vor sich hinzuschmurmeln: „Der Mensch ist gut!“ Wir fürchten aber, daß er den Inhalt dieser Redemendung in seinem Sinne ausgefächelt hat.

für ein paar Minuten blüht Hoffnung auf in den gemarkierten Herzen. Kommt endlich, endlich der Regen? Ein dumpfer Donner rollt über die stille Fläche, ein paar große Tropfen fallen schwer herab, um sofort von dem heißen Staub aufgelöst zu werden. Das ist alles. Die Wolken sind verschwunden. Die Hoffnung erloschen. Breit und lauter liegt das Gusshaus zwischen dem niedrigen vertrockneten Gebüsch, aus dem ein bebäuernder Eulapinsgeruch strömt. Die Luft ist trocken und heiß; sie strömt in den Rüstern mit jedem Atemzug, den man tut. In der schattigen Veranda sitzt der Farmer mit offenem Mund und in Kahl-Beinleibern und erwartet die Kühlung des Abends. Aus seiner Pfeife steigen die blauen Wolken langsam und schwerfällig in die Luft. Fliegen sammeln sich auf seinen Armen und seinem Hals; er streift sie von Zeit zu Zeit ab, die Augen fest gebannt von dem gelblichen Staubnebel, der hinter einem Döselwagen hängt, der mühselig den Weg entlang schleift. Afrika hat ihn Lebensweisheit gelehrt; er weiß zu dulden und zu warten. „Morgen ist wieder ein Tag“, sagt das Sprichwort. Morgen wird es regnen, und wenn nicht morgen, dann kommt wieder ein Morgen mit neuer Hoffnung. So sieht er geduldig seine Ernten verdorren, sein Vieh hinstirben und das Wasser in seinem Brunnen immer tiefer und tiefer sinken. Wenn dann endlich der große Augenblick kommt, da die Dürre zu Ende ist, dann wird er wieder sein Feld bestellen und sich einiger Jahre der Fruchtbarkeit erfreuen, bis der dunkle Schatten einer neuen Trockenheit sich über das Land senkt und es in Wüste verwandelt...“

Die Palmsonntagpalmen in Rom. In Bordighera, im Kreise San Remo, ist der größte Palmenhain Italiens. Von dort werden alle Palmen geliefert, die am Palmsonntag in Rom zur Weihe kommen. In Rom verwendet man jedoch keine grünen Palmen, sondern weiße, die als Sinnbild der himmlischen Reinheit gelten. Seit uralten Zeiten schon werden in Bordighera für die römischen Kirchen die Palmen herangezogen, niemals wird in Rom eine andere Palme geweiht als aus diesem Orte. Nun sind aber auch die Palmen von Bordighera nicht weiß, sondern diese Farbe wird in jedem Jahre durch eine eigenartige Manipulation erzielt. Kommt der Hochsommer mit seinen brennenden Sonnenstrahlen heran, so werden im Palmenhain von Bordighera die Kronen der Palmen oben fest zusammengebunden. Dadurch erhalten die inneren Blätter kein Licht mehr, es kann sich kein Chlorophyll mehr erzeugen, und so verlieren die Palmen ihre grüne Farbe und erhalten die weiße, die in den Kirchen Roms für die Palmen am Palmsonntag verlangt wird.

2533 Fremdkörper in einem Wagon. Zwei kanadische Ärzte veröffentlichten in einer Fachzeitschrift den Bericht über die Krankheitsgeschichte einer gestörten Frau, zu deren Namen es gehörte, allerlei Fremdkörper zu verschlucken. Eine im Mai 1926 vor-

genommene Durchleuchtung zeigte im Darmtrakt Eisernadeln, Drahtstücke und Knöpfe. Da die Patientin weiter keine Beschwerden hatte, so nahm man von einem operativen Eingriff vorerst Abstand. Ein Jahr später hatten die Beschwerden und die mit ihnen verbundenen Schmerzen aber einen solchen Grad erreicht, daß man sich zur Operation entschließen mußte, nachdem das vorher gemachte Röntgenbild hatte erkennen lassen, daß der Wagon mit Fremdkörpern vollständig überladen war. Bei der Operation wurde festgestellt, daß er nicht weniger als 2533 verschiedene Gegenstände enthielt; darunter befanden sich 947 verrostete Nadeln, 865 verbotene Drahtstücke, 191 Glascherben, 176 Teile von Eisernadeln, 58 Wachspfeifen, 54 Teile von kleinen Schmelzkerzen, 28 Stücke von Strumpfbändern und ein ungeschliffenes Gewich von allen möglichen Gegenständen, wie Schraubengewinde, Schraubmutter, zerbrochenen Schlüssel, Münzen, zerrißenen Randschiffen und Federnspitzen.

Das Haar auf der Bagdofale. Die moderne Kriminalistik ist in ständiger Rasse und Geschlecht eines jeden Individuums aus einigen wenigen Kopshaaren festzustellen, die man von einem Verbrecher gefunden hat. Dazu ist nicht einmal eine mikroskopische Untersuchung der Haare notwendig, sondern man hat in neuester Zeit eine Klassifizierung der Rassen nach dem verschiedenen Gewicht der Menschshaare vorgenommen. Auf überaus feinen Wägen wurden zehn einzelne Haare, jedes zwei Zoll lang, von Köpfen der Menschen verschiedener Rassen gemessen. Dabei fand man, daß die Haare der Chinesen und Japaner die schwersten sind; sie sind um 60 Proz. schwerer als die Kopshaare der weißen Rassen. Dagegen ist das Haar eines Weißen um 60 Proz. schwerer als das eines Negers. Auf diese Weise kann man durch das Gewicht des Haares die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse feststellen. Doch auch die Verbiegbarkeit der Geschlechter läßt sich erkennen, denn das Männerhaar ist um 18 Proz. schwerer als das von Frauen.

Kaninchen als Mörder. Gefangen gebaltene Kaninchen zeigen zuweilen einen krankhaften Blutdurst, der sich nicht nur darin äußert, daß die Männchen sich gegenseitig schwer verwunden oder daß sie die Jungen eines Wurfs töten, auch Weibchen fressen gelegentlich ihre eigene Nachkommenschaft auf. Durch Fütterung mit Fleischkost wird die Neigung, Fleisch zu fressen, bedeutend gesteigert. Die Kaninchen gewöhnen sich so sehr daran, daß sie dann schließlich anderen Kaninchen die Ohren „wie Krautblätter“ abfressen. Hierbei ist es recht auffallend, daß die aneignenden Tiere sich gar nicht zu wehren versuchen. Man kann sich das nur dadurch erklären, daß die Empfindlichkeit der Ohren sehr gering ist; denn während des Abfressens der Ohren geben die Tiere keinerlei Zeichen des Schmerzes an sich, während sie empfindungslos bei wirklichem Schmerz im Gesicht durchaus nicht ruhig bleiben. Auf die geringe Empfindlichkeit der Ohren weist vielleicht auch der Brauch hin, Kaninchen bei den Köpfen zu packen.

Wenn die große Dürre herrscht...

Ein Bild aus Südafrika.

Die weiten Provinzen von Südafrika sind in den letzten vier Monaten von einer der furchtbarsten Trockenheitsperioden heimgegriffen worden, die bisher je in der südafrikanischen Geschichte vorgekommen sind. Solche Dürren, wie sie sich in diesem Lande stets wiederholen, haben für uns, die wir uns eines glücklicheren Klimas erfreuen, nicht jenen furchtbaren Sinn, der jedem Afrikaner geläufig ist. Ein Bild von dieser Schreckenszeit, die jetzt wieder Südafrika in ihrem Bann hält, entwirft ein Farmer in einem Londoner Blatt.

„Jeder lange Tag schmachtet unter einer brennenden, glühenden Sonne, kaum eine Wolke am Himmel, das Land eine trodene Wüste, das Vieh hinstirbt, weil kaum noch ein grüner Grassalm auf dem wie zu Pergament geerderten Feld zu finden ist. Nur im Schatten eines großen Felsblades haben sich vielleicht noch einige Pfanzchen gehalten, die bedürfnislos genug sind, um auch mit dem geringsten Naf auszukommen. Tag auf Tag, Woche auf Woche zieht die Sonne erbarmungslos ihren blendenden Weg an dem staubblau leuchtenden Himmel entlang, und die Farmer blicken vergebens nach den entfernten Gebirgen, deren Umrisse in der heiß kimmernenden Luft aufleuchten, um dort jene so inbrünstig ersehnten weißen Wolken zu erblicken, die den Regen bringen sollen. Nichts, nichts erhebt sich am Horizont. Nur dann und wenn gegen Abend verbunkelt sich der Himmel; einige Wolken steigen hastig empor, und

Drei Jahre Kabinett Braun!

Die Regierung der Weimarer Koalition appelliert an die preußischen Wähler.

In der Dienstsitzung des Landtages wurde zunächst eine Novelle zum Landeswahlgesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen, die das preußische Wahlgesetz dem Reichswahlgesetz anpaßt.

Hierauf begann das Haus mit der dritten Lesung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1928.

Hg. Schlange-Schönning (Dnat.) bedauert die Erkrankung des Ministerpräsidenten Braun. In keinem Kabinett seit Jahrzehnten habe ein Mann der Regierung so stark seinen Willen ausgedrückt wie Otto Braun. (Bravo! bei den Soz. Jurist bei den Kommunisten: Sie wollen doch nicht etwa in die ganz große Koalition hinein?) Wir haben in Preußen eine sozialistische Regierung mit dem Blendwerk einer schwarzrotgoldenen Wösch. (Lachen in der Mitte.) An Stelle des verhassten Obristenstaates ist der Gewaltstaat einer Partei getreten. (Widerstand in der Mitte und links.) An Stelle der Höchstleistung fordert man vom Beamten das Parteidienst. (Lebhafte Juriste: Keudell!) Ueberall herrscht eine ungeheure wirtschaftliche Gärung. Die bürgerliche Regierung im Reich hat nicht in wenigen Monaten wieder gutmachen können, was die Revolution gefährdet hat. (Lachen links.) Allen großen Revolutionen ist ein nationaler Aufschwung gefolgt; aber in Deutschland hat man nur den Rindenschrei der Jakobinerernte erlebt. Wir bekennen uns glühend zu dem nationalen Streben der Jugend, der die Zukunft gehört. (Jurist: Herr Substanz! Große Heiterkeit.) Wir wünschen dem Staat viele so aufrechte Männer wie den Professor Heilrich. Wir bekennen uns auch ohne alle Umschweife zu den Mehrverbänden. Wir werden Preußen durch die tiefste Erniedrigung wieder aufwärts führen. (Bravo! bei den Deutschnationalen.)

Hg. Kiebel (Dem.): Von Einigkeit in Lebensfragen der Nation darf der Mann nicht reden, der sich erdreistet hat zu sagen, die Polen und die preußische Regierung seien Feinde des deutschen Ostens. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Grabrede Schlange-Schönning hat im übrigen den völligen deusignationalen Bankrott nicht zu verhallen vermocht. Die demokratische Partei wird für eine echt republikanische Politik in völliger Unabhängigkeit zuversichtlich in den Wahlkampf gehen.

Hierauf wird die Vorlage über Kultivierung der rechts-e missigen Moore in zweiter und dritter Lesung mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die Stimmen der Rechtsparteien angenommen.

Obenso wird in dritter Lesung das Pfarrerebeholdungs-gesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten beschlossen.

Ein Antrag der Koalitionsparteien ermächtigt die Regierung, die Kommunalen der Gemeindeverordnungen hinauszuführen und den Wahltag bis Ende 1928 festzusetzen. Der Antrag wird gegen Kommunisten und einen Teil der Rechtsparteien in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt der Antrag der Koalitionsparteien über das Flaggen durch öffentlich-rechtliche Körperschaften. Die Koalitionsparteien beantragen namentliche Abstimmung und nehmen an dieser nicht teil. Es werden nur 191 Stimmen abgegeben. Das Haus ist beschluß-unfähig.

Hierauf wird die dritte Beratung des Etats fortgesetzt:

Der Rechenschaftsbericht des Kabinetts Braun.

An Stelle des erkrankten Ministerpräsidenten Dr. Braun erstattet Wahlrechtsminister Dr. Hirtler namens des Staatsministeriums den Rechenschaftsbericht der preußischen Regierungskoalition.

Der Etat für das Rechnungsjahr 1928, der jetzt in dritter Lesung dem Landtag vorliegt, bildet den Abschluß der Tätigkeit des Kabinetts der Weimarer Koalition in Preußen. Wir legen deshalb vor den Wählern einen politischen Rechenschaftsbericht darüber ab, ob wir das uns seit dem 14. Januar 1925 geschenkte Vertrauen gerechtfertigt haben. Es wäre ungemein reizvoll, den Rechenschaftsbericht rückwärts bläsend bis auf das Jahr 1919 auszudehnen und zu zeigen, welche gewaltige Leistung an politischer Konsolidierung und wirtschaftlicher Wiedererstarrung seitdem in Preußen geleistet worden ist, wie wir die Republik immer mehr mit dem Geist der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit erfüllt haben. (Sehr gut! links.) Ich will mich aber darauf beschränken, die Arbeit des jetzt amtierenden Staatsministeriums in den letzten drei Jahren darzustellen.

Vor allem ist es durch stetige und ruhige Zusammenarbeit der Koalitionsparteien gelungen, die ewigen Krisen zu vermeiden, die im Reich soviel Unruhe erzeugt haben.

Preußen war der ruhende Pol in der Erschütterung durch und hat damit nach dem Zeugnis des gegenwärtigen Reichskanzlers dem Reich die besten Dienste erwiesen. Preußen ist und bleibt der feste zuverlässige Kern des Reiches und der sichere Garant seiner Zukunft. (Beifall links.)

Aus den positiven Erfolgen der preußischen Regierungspolitik werden die Wähler zweifellos die Folgerung ziehen, daß diese Staatspolitik unbeirrt und unverändert auch in Zukunft fortgeführt werden muß. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteien der Weimarer Koalition.) Auch für die gegenwärtige Regierung gilt, was Herr von Richter in der letzten Sitzung des Kabinetts der großen Koalition gesagt hat: „Die großen vaterländischen Aufgaben sind ein gutes Teil gefördert worden.“ (Bravo links und in der Mitte.)

Die zunehmende Konsolidierung des Staates prägt sich in seinen gesunden Finanzen aus. Trotz des Verlustes der Eisenbahn, trotz der Entziehung wertvollen Staatsbesitzes durch den Friedens-

vertrag ist es gelungen, den Etat auszugleichen und dabei die Verstaatlichung der Polizei durchzuführen und den Gemeinden erhöhte Zuwendungen zu machen. Ueberall da, wo es sich nicht um dringende produktive Aufgaben handelt, ist gespart worden. Die 566 Millionen Anleiheerinnahmen sind ausschließlich produktiver Verwendung zugeführt worden, insbesondere der Bauwirtschaft, den Kultivierungsarbeiten und den staatlichen Elektrizitätsunternehmungen. Trotz wachsender Aufgaben auf allen Gebieten sind die Staatsausgaben nicht gestiegen. Darum konnten wir auch die Beamtenbesoldungsreform ohne Schwierigkeiten durchführen. Die Wirtschaft hat sich in den letzten drei Jahren wesentlich gehoben.

Die Einlagen bei den Sparkassen sind von 1,1 auf über 3 Milliarden gestiegen. (Hört! hört.) Die Kohlenproduktion hat sich in drei Jahren um 30 Proz., die Roheisenerzeugung um 60 Prozent, die Rohstahlgewinnung um 80 Proz. gehoben. Und das nennt die Opposition eine „Krise des Niedergangs“. (Lachen links.)

Tatsächlich ist es uns gelungen, die Schäden der Kriegs- und Inflationszeit zum größten Teil auszugleichen.

Aber wichtiger und bedeutsamer als die Wirtschaft ist der lebende Mensch. Er ist es, der wirtschaftet und für den der Ertrag der Wirtschaft letzten Endes bestimmt ist. Das wäre ein schlechter Staat, in dem die Wirtschaft blüht und

SPD., 12. Kreis, Steglitz, Lankwitz, Lichterfelde

Freitag, den 30. März, 19 Uhr

Gr. öffentl. Kreiskundgebung

in Steglitz, Marktplatz (Düppelstraße). Platzkonzert der Reichsbannerkapelle Steglitz, 19.45 Uhr gemeinsamer Abmarsch mit Musik nach dem Versammlungsort, Oberrealistische Elisenstraße, 20 Uhr dortselbst Ansprache des Reichstagsabgeordneten Siegfried Aufhäuser. Thema: „Die politische Lage.“

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

die Produktionsziffern ins Riesenhafte wachsen, aber die arbeitenden Menschen zum Sklaven der sie fressenden Arbeit geworden körperlich verendeten und geistig verarmten. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.) Der preußische Staat hat deshalb eine großzügige Wohlfahrtspolitik zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen getrieben. In erster Reihe steht hier die Neubautätigkeit. In den letzten drei Jahren sind 420000 Neubauwohnungen errichtet worden, davon 300000 aus Hauszinssteuermitteln. Gegenwärtig sind 90000 Neubauwohnungen im Bau. Der preußische Staat hat über 1 1/2 Millionen für Neubauten aufgewandt. Wesentlich verbessert wurde die schulärztliche Versorgung, die Mütter- und Säuglingsfürsorge und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Das Städtebaugesetz mit seinen gesundheitlichen Fortschritten wird die Regierung im neuen Landtag durchzuführen wissen. (Jurist rechts: Wenn die Regierung wiederkommt!) Das ist eine geradezu selbstverständliche Voraussetzung, die die preußischen Wähler erfüllen werden. (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparteien.)

Erhebliche Mittel wurden für die Kleinkinderfürsorge bereitgestellt, für die Schaffung von Jugendheimen, Turnhallen, Sport- und Spielplätzen. Soziale Frauenkassen und Wohlfahrtsvereine für Männer wurden reichlich unterstützt. Für die produktive Arbeitslosenfürsorge wurden 182 Millionen Mark aufgewandt. Davon sind u. a. 35000 neue Landarbeiterwohnungen gebaut worden. (Hört, hört! links.)

Durch das Land geht heute eine Welle der Erregung über die Not der Landwirtschaft. Die Regierung protestiert auf das entschiedenste gegen die ganz unsachliche Behauptung vom Bankrott der gesamten Landwirtschaft. Die große Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist durchaus ertragsfähig, und die preußische Staatsregierung tut alles erdenkliche, um die Landwirtschaft gelund zu erhalten. Erschwert wird ihr diese Aufgabe durch den parteipolitisch interessierten Kampf des Reichslandbundes gegen die preußische Regierung, durch Aufreizung und Aufpeitschung der ländlichen Bevölkerung zu einem ganz ungerechtfertigten Mißtrauen. (Sehr wahr! links, Unruhe rechts.)

Völlig bedenkenlos wird die preußische Regierung für Handlungen verantwortl. gemacht, die von dem Vertrauensmann des Reichslandbundes in der Reichsregierung zu verantworten sind. (Sehr gut! links.)

Die Staatsregierung wird sich durch bestellte Demonstrationen sowie durch Gewaltakte, denen gegenüber die volle Schärfe der polizeilichen Abwehr einlehen muß, in keiner Weise darin beirren lassen, der landwirtschaftlichen Bevölkerung Preußens nach Kräften zu helfen. (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparteien.) Der wirklich notleidenden Bauern- und Landbevölkerung werden die Steuern gestundet oder erlassen. Das landwirtschaftliche Kreditwesen wird durch Zuführung von 130 Millionen Mark an die Preußenkasse saniert. Kreditschulden und Düngemittelschulden

helfen über Naturkatastrophen hinweg. Eine durchgreifende Siedlungsstätigkeit wird trotz der ungünstigen Verhältnisse am Geldmarkt fortgesetzt. Auch die beschlossene Landarbeiterfrage in der Ostmark wird in weitem Umfang mit der heimatlischen Scholle verwurzelt. Im Westen werden großzügige Meliorationsarbeiten durchgeführt. Die Zahl der ländlichen Fortbildungsschüler hat sich gegenüber dem Jahre 1913 fast verdoppelt, hauptsächlich infolge der großen Beihilfen des Staates. Ganz besonders weitgehend wurde das landwirtschaftliche Hochschulfwesen und das Mädchenfortbildungsschulfwesen auf dem Lande gefördert. Hier erzielen wir jetzt das Dreifache der Leistungen des alten Staates. (Hört, hört! links.)

Insgesamt wurden in den letzten drei Jahren 455 Millionen für die Förderung der Landwirtschaft aufgewendet; der alte Staat wandte im Jahre 1913 dafür 58 Millionen auf. Nur blinder Haß oder absoluter Unverstand kann danach noch von einer Landwirtschaftsfeindschaft der preußischen Regierung sprechen. (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparteien.)

Im Gebiet der Handels- und Gewerbeverwaltung haben wir die Gewerbeaufsicht ausgebaut und den Kampf gegen die Berufsgefährten mit allen Mitteln gefördert. So haben wir zum Beispiel die erste Berufsgrube der Welt eingerichtet. Zuerstordentliches geleistet wurde auch auf dem Gebiet der Berufsschulen. Im Interesse des Mittelstandes wurde der unlästere Wettbewerb bekämpft. Der staatliche Bergwerbsbesitz und die staatliche Elektrizitätswirtschaft wurden grundlegend rationalisiert. Eine zielbewusste Hafenpolitik diene der modernen Verkehrs-entwicklung.

Auf dem Gebiet der Rechtspflege haben wir eine großzügige Gnadenpraxis geübt. Die Amnestie von 1925 umfaßte 35000 Beschuldigte und Verurteilte, die Amnestie von 1927 deren 15000. Die Zahl der Strafgefangenen ist in den letzten drei Jahren um die Hälfte gesunken. Die ungeheuer umfangreichen Kuwertungs-sachen sind zu 97 Proz. erledigt. Dauernd bleiben wir bemüht, alle Schichten der Bevölkerung zum Dienst als Schöffen und Geschworene heranzuziehen. (Bravo! links.)

Die gesamte innere Verwaltung ist mit demokratischem und republikanischem Geist erfüllt worden. Die Schutzpolizei ist ein zuverlässiges Staatsinstrument und hat jede Störung von Ruhe und Ordnung in keine erlitten. Der gesamten Polizeibeamtenschaft gebührt der Dank der Staatsregierung für ihre hervorragende vaterländische Leistung. (Bravo! bei den Regierungsparteien.)

Die preußische Kulturpolitik war von dem Gedanken bestimmt, daß in einem parteipolitisch und melanancholisch zer-rissenen Volk eine Politik der Verschönerung getrieben werden müsse. Es war nicht die Schuld der preußischen Regierung, daß nicht ein Reichsschulgesetz zustande kam, das allen großen Bekannungsgruppen gerecht wurde. (Lebhafte Beifall links und in der Mitte.) Die Begabtenförderung suchen wir nach Kräften auszubauen. Wir können auf keine Begabung verzichten, und auch auf dem Bildungsgebiet muß in der demokratischen Republik der Mensch im Mittelpunkt stehen. Der Rat der Junglehrer haben wir nach Kräften gesteuert. Im Hochschulfwesen sind wir den auswüchsen parteipolitischen Verheerung tatkräftig entgegengetreten.

Von den Hochschulflehrern des Staatsrechts müssen wir verlangen, daß sie die künftigen Beamten der Republik mit aufrichtiger republikanischer Staatsgesinnung erfüllen. (Sehr gut! links.)

Die Staatsregierung lehnt jede einseitige Bevorzugung einer Kon-fession oder Weltanschauung ab. (Bravo! links.)

So sind wir mit schnellen Schritten vorwärts und aufwärts gegangen. Unendlich viel schneller als wir alle es in den schlimmen Zeiten der Inflation gekonnt haben. Die Staatsregierung ist auch in den schwersten Krisenzeiten des Ruhrkampfes, als Deutschlands älteste Kulturgebiete bedroht waren, an der Zukunft Preußens und Deutschlands nicht irre geworden. Sie hat bis zum letzten um die Existenz und Einheit des Staates und des Reiches gekämpft. Das schwerste liegt weit hinter uns, die Gefahr wirtschaftlicher und finanzieller Katastrophen und die Verzweiflungs-ausbrüche verelendeter Volksgenossen sind überwunden. Künftige preußische Regierungen werden die Hände frei haben für die produktive Aufbauarbeit. Diese Arbeit muß dem ganzen Volke zugute kommen. Sie soll allen bessere Lebensbedin-gungen geben, die mit Hand und Kopf arbeiten, und die bestlos gewordenen ehemaligen Rentner kraftvoll führen.

Möge aus den kommenden Wahlen ein Landtag entstehen, der einer konsequent republikanischen Staatsregie-rung eine große Mehrheit sichert. Nicht dynastische Fa-milienpolitik und nicht Bevorzugung einer Klasse ist Zweck unserer Staatspolitik. Unsere Arbeit soll ganz und ungeteilt dem Volke in allen seinen Schichten und besonders den wirtschaftlich Schwachen zugute kommen. Keine Machtpolitik wie im alten Preußen, sondern wahre Volkspolitik, erfüllt vom Drang nach sozialer Gerechtigkeit! So wächst über den Rahmen des preußischen Staates, ja selbst über den des Reiches hinaus, dessen Größe, Stärke und Schönheit Ziel jeder Preußen-politik sein muß, eine in tiefstem Sinne freischheitlich demokratische und sozial gerechte Politik zur Arbeit im Dienste der Menschheit empor. (Lang anhaltender Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Fortsetzung der Erörterung wird auf Mittwoch, 12 Uhr, verlegt.

Wir führen nur Schuhe aus unserer eigenen Fabrik. Darum sind wir besonders leistungsfähig u. preiswert.



SALAMANDER

Das Erzeugnis der größten Schuhfabrik Deutschlands

Phoebus vor dem Reichstag.

Fort mit den Sonderfonds! — Revision der Haushaltsordnung! — Bessere Kontrollmöglichkeiten für den Rechnungshof!

Im weiteren Verlauf der gestrigen Reichstagsführung führte Abg. Heddermeyer (Komm.) zum Marineetat aus, seine Marine der Welt sei im Verhältnis zu ihrer Größe so teuer wie die deutsche. Nach der schwarzen Reichswehr sei eine schwarze Marine in Vorbereitung. Der Ausbau des polnischen Hafens Gdingen, der mit englischem Geld erfolgt, richte sich ebenso wie der neue deutsche Panzerkreuzer gegen Rußland. Die Sozialdemokratie täusche die Arbeiter, wenn sie den Geschichtswert des neuen Panzerkreuzers leugnet.

Abg. Lohb (B. Sp.) fordert einen Abbau der Verwaltungsbeamten in der Marine. Den von Sozialdemokraten und Kommunisten beantragten Streichungen könne die Bayerische Volkspartei nicht zustimmen. Das Panzerschiff müsse bewilligt werden. Wenn man überhaupt eine deutsche Marine aufrechterhalten wolle, dann müsse sie auch moderne Schiffe haben.

Abg. Graf v. Reventlow (Nationalf.): Dr. Groener hat in Spaa einmal erklärt: „Eid! Das ist ja nur ein Wort, weiter nichts!“ (Reichswehrminister Dr. Groener verläßt den Saal; Rufe bei den Nationalsozialisten: Der Angeklagte verläßt das Volk!)

Vizepräsident Effer erhebt den Redner, zum Marineetat zu sprechen. (Großer Lärm bei den Nationalsozialisten. Rufe: Unverschämtheit! Das ist nun ein „unparteiischer“ Präsident! — Abg. Fried (Nationalf.) erhält einen Ordnungsruf. — Die Nationalsozialisten rufen weiter: Schamlose Parteilichkeit! — Abg. Straffer (Nationalf.) erhält einen Ordnungsruf.)

Abg. Graf v. Reventlow fortführend: Präsident Lohb hat oft zur Kriegsdienstverweigerung aufgefordert. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wehrmachtangehörige, sehr auch euren Wehrminister und seine Auffassung von Eid an! (Abg. Straffer (Nationalf.): Prozepte halt! Das ist das Richtige für den republikanischen Rittshausen! — Ordnungsruf.) Wir werden für den Panzerkreuzer stimmen, weil wir hoffen, daß er im Material so zuverlässig sein wird, wie der Wehrminister unzuverlässig ist.

Vizepräsident Effer erteilt für diesen letzten Satz dem Redner einen Ordnungsruf.

Reichswehrminister Dr. Groener

erscheint wieder im Saal und erklärt: Die Marine ist ein wichtiger Faktor des Landeschutzes. Darum hoffe ich, auch die Demokraten noch von der Notwendigkeit des Panzerkreuzers überzeugen zu können. Der Außenminister Dr. Stresemann hat mich noch vor wenigen Stunden seines Einverständnisses mit meiner Stellung in der Frage des Panzerkreuzers versichert (Hört! hört! bei der Mehrheit), wir haben also keine außenpolitischen Gefahren zu befürchten. Ich bitte daher um Bewilligung des Marineetats. (Beifall.)

Abg. Effenberger (Bayr. Bauernbund) lehnt den Panzerkreuzer ab: Wir haben nicht soviel Millionen für Kriegsschiffe übrig zu einer Zeit, wo der Bauer unter der Steuerlast leidet. Damit schließt die Aussprache. Die Abstimmungen werden zurückgestellt.

Der „Phoebus“-Bericht.

Es folgt die Einzelberatung des Ausschuhberichts über die Lohmann-Unternehmungen.

Abg. Heimig (Soz.):

Es ist ein erschreckender Mangel der augenblicklichen Reichsregierung, daß es rund sieben Monate dauerte, bis man einigermaßen Einblick in die Lohmannaffäre bekam und daß die zahlreichen Erklärungen und Dementis der Regierung zeitweise den Eindruck erweckten, als decke die Regierung die Vorfälle (Sehr richtig! bei den Soz.) Hätte die Regierung den Mut aufgebracht, offen über diese Dinge zu sprechen, dann hätten wir diese schmutzige Wäsche nicht in dem mühseligen Prozeß eines halben Jahres zu erledigen brauchen, und es wäre ein erheblicher außenpolitischer Schaden vermieden worden. Es ist ja bezeichnend, daß die Reichspresse in dieser Hinsicht zum Teil nach dem Knebel der Landesverratsprozesse rief. Gegenüber dieser Methode möchte ich an die „D.A.Z.“ erinnern, die zur Abwechslung einmal vor zwei Tagen gegen einen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten mit dem Revolver geknallt hat, indem sie mit Entfaltungen drohte, wenn der Herr in seiner bisherigen Stellungnahme beharre.

Seine persönlichen Geschäfte?

Wie unhaltbar die Taktik der Reichsregierung ist, ergibt sich nachträglich aus der Erklärung des Reichskanzlers vom 20. Januar, in der er leugnete, daß das Reichswehrministerium über die genannten Mittel hinaus aus seinem Haushalt Beträge zur Verfügung gestellt hätte. Diese Erklärung hat sich vor dem Untersuchungsausschuß als falsch erwiesen. Es war das Verdienst der Sozialdemokratie, wenn überhaupt ein Bericht veröffentlicht wurde. Und ich glaube, daß der Untersuchungsausschuß gute Arbeit geleistet hat. Wenn man das Ergebnis kennt, kann man wirklich nicht mehr davon sprechen, daß der Lohmann-Komplex keine

persönlichen Geschäfte gemacht hat. Wenn man der Seetransportabteilung Grundstücke mit 25 Proz. Aufschlag bezahlt, wenn man Grundstücke in Berlin in zwei Teilen bezahlt, so daß nur der eine Teil über die Grunderwerbssteuer stolpert, und wenn man sonst außerordentliche Geschäfte zu machen versteht, wie diese schöne Speckgeschichte, in der das Geschäft mit 300 Rentenmark Defizit eröffnet wurde, ehe man überhaupt in den Betrieb kam, so ist es doch bedenklich, daß der Herr Reichskanzler mit seiner ganzen Autorität dennoch erklärt hat, daß persönliche Geschäfte bei diesen Dingen nicht gemacht worden sind. Man hat immer wieder den Eindruck, daß eine bestimmte Sorte von Geschäftsteilen im Zusammenhang mit den Lohmann-Geschäften das Reich mißbraucht hat. Und ich glaube, daß es unmöglich gemacht werden muß, daß das Reich so bezahlt, wie diese merkwürdigen Verträge oder Versprechungen lauten. Das bezieht sich im besonderen auf die Phoebus-Bürgschaften, bei denen wir den beispiellosen Fall haben, daß seriöse Banken, wie Mendelssohn u. Co. und die Disconto-Gesellschaft, an Herrn Kapitän Lohmann, ohne sich seine Legitimation zeigen zu lassen, Millionenbürgschaften gegeben haben, und daß das Reich im Nachtragsetat diese Bürgschaften zu hundert Prozent durch einfache Auszahlung erledigt. Schlimm ist es auch, daß Gehler und Reinhold sich von Lohmann ohne Nachprüfung in die ganze Angelegenheit verwickeln ließen. Das sind Zustände, die, einmalig gesehen, eine beispiellose Mißwirtschaft aufdecken. Hier muß noch unserer und der Mehrheit des Untersuchungsausschusses Auffassung gründlich eingegriffen werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Der Rechnungshof hat versagt!

Der Rechnungshof des Deutschen Reiches, der die Haushaltsrechnungen für 1924, 1925 und 1926 geprüft hat, hat trotz aller seiner Prüfungstätigkeit von den Lohmann-Geschäften nicht das geringste gemerkt. (Hört, hört! links.) Das heißt doch, daß in den Möglichkeiten der Etatkontrolle Lücken in einem Umfang vorhanden sind, wie sie sich bisher niemand von uns vorgestellt hat. Hier sollte durchgegriffen werden. Denn wer will dafür garantieren, daß sich ein Skandal, wie er sich im Reichswehrministerium herausgestellt hat, nicht auch eines Tages in einem anderen Ministerium herausstellt?

Ich möchte schon jetzt darauf hinweisen, daß nach unserer Auffassung bestimmte Fonds des Reichsverkehrsministeriums schon in aller nächster Zeit gründlich durchgeprüft werden müssen, sonst kommen wir dahin, daß wir in einem oder zwei Jahren nicht mehr die Namen Reinhold, Gehler oder Luther, sondern den Namen Koch nennen müssen.

Es scheint uns also grundsätzlich notwendig zu sein, daß die Reichshaushaltsordnung so rasch wie möglich einer gründlichen Überarbeitung unterworfen wird. Es ist jetzt so, daß der Rechnungshof nicht einmal in die Akten der Ministerien auf Grund der Reichshaushaltsordnung Einblick nehmen darf. (Hört, hört! bei den Soz.) Demgegenüber müssen wir dahin kommen, daß der Rechnungshof in erster Linie Hüter und Hilfsorgan des Reichstages, der Verfassung und des Etatrechts des Reichstages wird. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Nach Kenntnis der Sachlage treten wir für die Vorschläge ein, die der Hauptauschuß unterbreitet. Sie sind außerordentlich weitgehend, wenn sie konsequent durchgeführt werden. Und wir verlangen, daß man rücksichtslos durchgreift! Wir müssen vom Herrn Reichswehrminister eine bindende Auskunft bekommen, ob die Auflösung der Sonderfonds bei den Ministerien nun auch durchgeführt wird. Wir müssen eine bindende Erklärung darüber verlangen, daß überhaupt endlich einmal die ganze Sonderfondswirtschaft aufgehört. (Zustimmung bei den Soz.) Was die Geltendmachung von Regreßpflichten anlangt, so sind wir mit den Kommunisten dafür, daß die verantwortlichen Minister, Vorgesetzten und sonstigen Beteiligten herangezogen werden, weil stummgemäß dieser Vorschlag sich aus dem Resultat der Untersuchung ergibt. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Trevisanus (Dnat.) weist darauf hin, daß diese Reichsregierung nur Untersuchungsrichter und Staatsanwalt sei, während die Angeklagten draußen sitzen. Das jetzige Kabinett habe lediglich die Hinterlassenschaft früherer Kabinette zu liquidieren. (1) Die Verantwortung trage für die politische, etatsrechtliche Seite in vollem Umfange der ehemalige Reichswehrminister für die ersten beiden Gruppen der Lohmann-Unternehmungen. Wöllige Aufklärung werde daher auch erst nach der Rückkehr Gehlers möglich sein. Erst durch die Unterschrift des Herrn Reinhold sei die weitere Beteiligung Lohmanns an den Millionenverlusten bei der Phoebus-Affäre möglich geworden. (Hört, hört! rechts.) Ein Reichsfinanzminister habe hier die obersten etatsrechtlichen Grundzüge mit leichter Hand beiseite geschoben. Die Phoebus-Bürgschaft fehle auch in der Ende Dezember 1926 dem Haushaltsauschuß vom Reichsfinanzminister Dr. Reinhold streng vertraulich vorgelegten Bürgschaftsnachweisung, obwohl die Vollständigkeit dieser Nachweisung unterjähriglich versichert wurde. (Erneutes Hört, hört! rechts.) Für die dritte Gruppe der Lohmann-Geschäfte, die Lohmann auf eigene Faust getätigt hat, trage er allein die Verantwortung. Die persönliche Makellosigkeit des Kapitän Lohmann sei einwandfrei

ermittelt. Bei der Prüfung der Regreßpflicht muß auch die Frage von Treu und Glauben bis ins Letzte geprüft werden. Die bisherige Kontrolle des Etats ist ungenügend. Entsprechende Schritte behalten wir uns vor.

Abg. Schaefer (Komm.) nennt die von der Regierung abgegebenen Erklärungen ein Täuschungsmanöver. Die Lohmann-Unternehmungen seien ein Teil der von der Reichsregierung durchgeführten geheimen Kriegsvorbereitungen. Der Redner fordert, daß die verantwortlichen Minister Dr. Luther, Dr. Marg, Gehler und Dr. Reinhold vor den Staatsgerichtshof gestellt werden.

Abg. Brüninghaus (D. Sp.) erklärt, seine Fraktion verurteile mit der gleichen Schärfe wie die übrigen die hier erörterten Vorgänge. Kapitän Lohmann sei gestraft genug dadurch, daß er für sein ganzes Leben keine Bezüge nur bis zur Pfändungsgrenze erhält. Vor der Rückkehr Dr. Gehlers von seinem Auslandsaufenthalt werde sich die Verantwortung und Regreßpflicht der einzelnen Beteiligten nicht feststellen lassen.

Abg. Jhr. v. Rittshausen (Dem.) sieht die erste Ursache der ganzen Affäre darin, daß der Ruhrfonds seinerzeit nicht liquidiert worden sei.

Wir Demokraten standen in diesem Punkt im Gegensatz zu dem Minister Dr. Gehler, unserem damaligen Parteifreund. Wir wollten ihn zur Amtsniederlegung bewegen, aber er hat den Austritt aus der Demokratischen Partei vorgezogen.

Die gegen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold gerichteten Ausführungen des Abg. Trevisanus sind schon deshalb abwegig, weil Dr. Reinhold gar nicht über die Vorgänge informiert worden ist und zunächst dem Abteilungsleiter des Wehrministeriums, dem Kapitän z. S. Lohmann, glauben mußte, der ja heute noch als makelloser Offizier gerühmt wird. Präsident Sämann stellt in seinem Bericht ja fest, daß Kapitän z. S. Lohmann den Reichsfinanzminister Dr. Reinhold getäuscht hat. Wenn die Regierung am 1. Juli den neuen Bericht vorlegt, werden wir einen klaren Einblick gewinnen. Wir begrüßen die von der Regierung angekündigte verschärfte Kontrolle.

Abg. Wegmann (Z.) gibt namens der Zentrumsfraktion eine Erklärung ab, die den Beschlüssen des Haushaltsausschusses zustimmt. Eine Liquidation des Ruhrfonds unmittelbar nach der Einstellung des Ruhrkampfes wäre unzumutbar gewesen. Die Ummandlung der 10 Millionen in einen Geheimfonds war unzulässig, ebenso die Verstärkung dieses Fonds durch die von Lohmann angewandten Mittel. Soweit das Finanzministerium diesen Dingen zustimmte, hat es die Verantwortung dafür übernommen. Aufschärfte ist es zu verurteilen, daß das Wehrministerium nicht die Tätigkeit der von Kapitän Lohmann geleiteten Abteilung kontrolliert und daß auch der Reichsfinanzminister nicht auf Kontrolle bestanden hat, als er 1926 von den Dingen erfuhr. Die Zentrumsfraktion stimmt den von der Regierung angekündigten Kontrollmaßnahmen zu und wünscht eine Prüfung der Frage, wie weit die Vermittler und Treuhänder bei den Lohmann-Geschäften regreßpflichtig gemacht werden können.

Es folgen Ausführungen des Genossen Hermann Müller, die wir im Hauptblatt wiedergeben.

Reichswehrminister Groener:

Die Regierung hat keine Bedenken gegen die Anträge des Haushaltsausschusses. Den Wünschen des Reichstages ist schon insofern Rechnung getragen worden, als ich die Abwicklung der Lohmann-Unternehmungen aus der Marine herausgenommen und mir unmittelbar unterstellt habe. Die damit beschäftigte Gruppe meines Stabes wird dabei ständig beraten durch den Direktor Ritscher von der Reichskreditanstalt. Weiter ist dabei die engste Verbindung mit dem Reichsfinanzministerium und dem Rechnungshof gewährleistet. Die für alle Ministerien vorgegebene Kontrollkommission wird im Reichswehrministerium in kurzer Zeit ihre Tätigkeit aufnehmen.

Abg. Dr. Pfeifer (Bayr. Sp.) erklärt, der Reichstag müsse sich jetzt auf die Prüfung der etatsrechtlichen Verhältnisse beschränken. Hinsichtlich der Persönlichkeit Lohmanns müsse doch gesagt werden, daß das Charakterbild eines früheren Offiziers getrübt wird durch die Behauptung, er habe sich eine Millionenbürgschaft erschlichen durch Täuschung zweier Minister.

Nach einer Erwiderung des Abg. Schaefer (Komm.) auf die Ausführungen des Abg. Müller (Soz.) ist die Aussprache beendet.

Der Panzerkreuzer bewilligt!

Bei den Abstimmungen zum Marineetat wird der Antrag auf Streichung der Mittel für das neue Panzerschiff gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und einiger Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt. Nach Ablehnung der weiteren Streichungsanträge der Linken wird der Marineetat nach den Vorschlägen des Haushaltsausschusses in zweiter Lesung angenommen.

Die zur Deduktion der Phoebus-Versprechungen in den Nachtragsetat eingestellten 7 Millionen werden gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt.

Die Ausschufentschließung zur Lohmann-Angelegenheit wird angenommen, nachdem der kommunistische Vnderungsantrag (Regreßpflicht der verantwortlichen Minister) gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt worden ist.

Hierauf werden die gestern zurückgestellten Abstimmungen zum Ergänzungsetat vorgenommen.

Der Ergänzungsetat wird mit der Ausschufentschließung zum Reiprogramm angenommen.

Um 17¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung mit Teilen des Nachtrags- und Ergänzungsetats.

Nur zwei
WORTE

III

SORTEN

